

Versteht man nicht, mit Aufrichtigkeit, Ernst und...
Kriegsbeleg, Unterhaltung und Wissen, Die praktische Haus...
Ausgabe A mit G.-S.-Blatt N. 270
Ausgabe B ohne G.-S.-Blatt N. 270
Wagennummer 10 J. Sonnabend- u. Sonntagnummer 10 J.
Gesamtherausgeber: Dr. G. Reitzel, Dresden.

Sächsische
Volkzeitung

Verlag: Dresden
Anzeigebriefe: Die Sachliche Zeitungs...
Preis: 1 M. für Einzelhefte außerhalb des Verbreitungsgebietes...
Verlag: Dresden

Verlag: Dresden
Gesamtherausgeber: Dr. G. Reitzel, Dresden.

Für christliche Politik und Kultur

Redaktion der Sächsischen Volkzeitung
Dresden-Königsplatz 1, Telefon 17, Fernruf 3071
und 3102

Die Folgen der Reichstagsauflösung

Minderung des Wahlrechts — Untersuchung des Osthilfe-Skandals durch die Regierung unterbrochen — Personalschub geht weiter — Vorgehen gegen die SPD. in Preußen

Das Echo der Auflösungsorder

Berlin, 2. Februar. (G. M.)

Das Hauptthema der Berliner Morgenblätter ist naturgemäß die Auflösung des Reichstages und der Aufruf der Reichsregierung.

Die „Deutsche Allg. Ztg.“ meint, der Versuch, die fehlende Mehrheit auf dem Wege der Neuwahlen zu erreichen,

enthalt starke Gefahr,

nicht zuletzt wegen der sehr erregten Stimmung, die schon jetzt täglich neue Todesopfer fordert. — Die „Börsenzeitung“ betont, zum ersten Male kämpfe die deutsche nationale Weltanschauung gegen den un-deutschen Geist des Internationalismus.

Die „Germania“ schreibt: Die Zentrums-partei geht mit reinem Gewissen in diesen Kampf. Sie habe seit Monaten das Menschenmögliche getan und versucht, den

ehelichen Zusammenschluß einer Volksmehrheit zu einer deutschen Volksgemeinschaft zu erreichen.

Der „Vorwärts“ fordert die „Arbeiterfront“ gegen „Sarzbürger Front“. — Das „Berl. Tagebl.“ nennt den Aufruf einen

„Appell an den Wunderglauben“

des deutschen Volkes, kein Programm. Statt Brot und Arbeit befähere die „Regierung des nationalen Zusammenschlusses“ Wahlzettel.

Die „Deutsche Zeitung“ bezeichnet den Aufruf als den endgültigen Schlußstrich unter die November-epoche der deutschen Geschichte. — Der „Völkische Beobachter“ betont, daß die Regierung bereit sei, sich dem Willen des Volkes zu stellen. — Der „Berl. Lokal-anzeiger“ unterstreicht die politische Bedeutung der Begründung des Auflösungsdekrets. Der Zweck der Wahl sei die Stellungnahme des deutschen Volkes zu der neugebildeten Regierung.

Keine Blanko-Vollmacht für Hitler!

Das Kabinett Hitler hat es eilig gehabt, den Reichstag nach Hause zu schicken. Noch hat das Volk nicht das geringste von den Taten dieser Regierung gesehen. Aber in vier Wochen soll es darüber entscheiden, ob es dieser Regierung eine Blanko-Vollmacht auf vier Jahre geben will. Nicht nach den Taten, sondern nach einmal nach den Versprechungen soll entschieden werden — das ist der Sinn dieser über-hasteten Reichstagsauflösung. Wenn das Volk dieses eine Mal so entscheidet, wie die Männer des Sarzbürger Kabinetts es wünschen — ja dann wird das Volk nicht so bald wieder um seine Mitwirkung an den Staatsgeschäften bemüht werden.

Den Hauptstoß in diesem Wahlkampf wird die Sarzbürger Front gegen das Zentrum richten. Das läßt sich schon aus der Begründung der Auflösungsorder erkennen. „Nachdem sich die Bildung einer arbeits-fähigen Mehrheit im Reichstag als nicht möglich heraus-gestellt hat...“ Ja: wie hat sie sich denn als nicht möglich herausgestellt? Sie ist ja in dem Hin und Her der letzten Wochen überhaupt nicht versucht worden.

Das Zentrum hat sich seit Monaten ehrlich bemüht, unter den durch die Juli-Wahl 1932 geschaffenen Ver-hältnissen die Bildung einer auf ehrlicher Zusammen-arbeit beruhenden Mehrheit im Reichstag zu erreichen. Diese Versuche sind immer wieder sabotiert worden. Das Bestreben Hugenberg's war von Anfang an, eine Minder-heitsregierung ohne das Zentrum zu bilden, die dann die politische Vertretung des katholischen Volksteils „an die Wand quetschen“ sollte. — So ist es jetzt geschehen. Man hat das Zentrum bei Bildung des Kabinetts völlig übergegangen. Und dann hat man es nur gefragt, ob es dem ohne seine Mitwirkung gebildeten Kabinett auf ein Jahr eine Blanko-Vollmacht geben wolle. Weil das Zen-trum nicht sofort „Ja wohl!“ gesagt, sondern sich zunächst einmal höflich nach den Absichten der Regierung erkun-digt hat, deshalb hat Hitler mit Hugenberg's Zustimmung den Reichstag aufgelöst.

Die Auflösungsorder ist die Antwort auf die Frage des Zentrums, ob die Verfassung von der neuen Regierung eingehalten werden wird. Die Antwort auf die Frage, ob die sozialen Errungenschaften der letzten zehn Jahre erhalten bleiben sollen oder nicht.

Die Herren von Sarzburg gehen aufs Ganze. Sie hoffen auf die Nachwirkung des Sieges-jubels vom 30. Januar. Im Geist der Fackelzüge, die in diesen Tagen überall von SA. und Stahlhelm veranstaltet worden sind, soll der ganz kurzfristige Wahlkampf ge-schlagen werden.

Durch fast groteske Versprechungen hoffen die Männer des Kabinetts Hitler nicht nur ihre Anhänger zu halten, sondern neue Scharen zu sich herüber-zuziehen. Wunderbares versprechen sie den deutschen Bauern und Arbeitern: In vier Jahren soll sowohl die Not der Bauernschaft wie die Arbeitslosigkeit in den Städten beseitigt sein. Die Herren versprechen, daß diese heute zu solcher Schärfe angewachsenen Wäse ja nicht erst seit 1918 da sind, daß sie viel mehr schon vor dem Kriege eine gewaltige Rolle gespielt haben. In vier Jahren wollen die Herren alle die Probleme lösen, die in mehr als vier Jahrzehnten herausgewachsen sind.

Diese frohe Botschaft von der Wunderkraft der Sarzbürger Front wird in den nächsten Wochen mit allen Mitteln amtlicher Propaganda dem

Abänderung des Reichswahlgesetzes

Berlin, 2. Februar.

Durch Verordnung des Reichspräsidenten ist das Reichswahlgesetz in einigen Punkten geändert worden.

Auslandsdeutsche,

die sich am Wahltag im Inlande aufhalten, können an der Wahl teilnehmen, indem sie einen Stimmschein aus-gestellt erhalten. Das gleiche gilt für die deutschen diplo-matischen und konsularischen Beamten und ihre Haus-standsangehörigen, ferner die Besatzung von See- und Binnen-schiffen, die für keinen festen Landwohnsitz poli-zeilich gemeldet sind. Damit wird Reichsdeutschen, denen man billigerweise die Ausübung des Wahlrechts nicht vorenthalten kann, die Möglichkeit zur Beteiligung an der Wahl eröffnet. Weiterhin sind neue Bestimmungen über die

Einreichung der Kreiswahlvorschläge

getroffen. Kleine völlig unbedeutende Wählergruppen, die vielfach über keinerlei örtliche Organisation verfügten, hatten, teilweise unter offenbarem Mißbrauch des Wahlgesetzes, die Aufnahme ihrer Wahlvorschläge in den amtlichen Stimmzettel erreicht. Wählergruppen, die keinen Abgeordneten in den letzten Reichstag entsandt

hatten, müssen nunmehr für mindestens einen ihrer Kreiswahlvorschläge sowie Unterschriften aufbringen als Stimmen für Erlangung eines Sitzes im Wahlkreis erforder-lich sind, also 60 000. Ist diese Bedingung erfüllt, so ge-nügen für jeden Kreiswahlvorschlag dieser Partei 50 Un-terschriften, wenn es sich um durch Verbindung im Ver-bande oder Anschluß an einen Reichswahlvorschlag in-nerlich zusammenhängende Kreiswahlvorschläge handelt.

Wenn diese Änderungen des Wahlgesetzes die ein-zigen sind, die die Reichsregierung geplant, dann wird man keinen Protest dagegen anzumelden haben. Vor einer endgültigen Stellungnahme wird man freilich den Wortlaut der neuen Verordnung abwarten müssen.

Auslegung der Stimm-Listen

19.—26. Februar

Berlin, 2. Februar. Nachdem der Reichspräsident die Neuwahl des Reichstages auf Sonntag, den 5. März, festgesetzt hat, hat der Reichsminister des Innern ange-ordnet, daß die Stimmlisten und Stimmkarteien vom 19.—26. Februar auszulegen sind.

Osthilfe-Akten zurückgeholt

Regierung Hitler hat kein Interesse an der Aufklärung dieses Skandals

Berlin, 2. Februar.

Mit der Auflösung des Reichstages hat auch die Tätigkeit aller Reichstagsausschüsse mit Ausnahme des Ueberwachungsausschusses und des Auswärtigen Aus-schusses aufgehört. Infolgedessen hat der Reichskom-missar für die Osthilfe die in den letzten Tagen im Un-terauschuß des Haushaltsausschusses bearbeiteten

Akten über die Osthilfe gestern abend zurückgenommen. Wenn also der Ueberwachungsausschuß des Reichstages die Beratung über die Vorkommnisse bei der Durchfüh-

rung der Osthilfe fortzusetzen wünschte, müßte er die Ak-ten von neuem anfordern.

Wir verstehen es, daß die Regierung Hitler—Hugen-berg kein Interesse daran hat, daß über die Osthilfe wei-teres bekannt wird. Die notwendige Begeisterung ihrer Anhänger im Wahlkampf könnte darunter leiden. — Der Ueberwachungsausschuß des Reichstages wird hoffent-lich dafür sorgen, daß dem Osthilfe-Skandal nicht das be-abstimmte „Begräbnis erster Klasse“ bereitet werden kann.

104
thor

Sum-
sobald
Ruhe-
gegen
wurden
. Jug.
radchen
D.R.
ommen.
wegen
er Geg-
wurde
en ver-
t Hein-
Bätschen
re Prin-
Tod ist
hmelzer
laufsher
ogelber
eriffene
en und
umher-
edchte in
chen be-
igt. Ein
ülffe ge-
en. Die
das Per-
ärt. Die
sich um
handelt.
chäfts-
aupt-
Möder-
vereins-
befucht.
der Weih-
den Vor-
r Willy
angehört.
des aus-
r Möder
zernwirt-
p.
ging sein
n mußte
gerichtsrat
eichswehr-
ler-Zittau
nen. Dem
anz Ditt-
10 Jahre:
re: P. Va-
scholze, der
ch Ueber-
des Turn-
wechslung.
p.
zu Ostrik
meiß von
sarntes in
Woche ihre
Stadtschule
pe in recht
ckbar.
— ler.
Oruppe.
Schulkin-
ft laut Ver-
8 Tage ge-

Polke eingehämmert werden. Rundfunk und Maueranschläge werden in stärkstem Maße in Anspruch genommen werden. In Reichsmitteln dürfte es nicht mangeln. Und die Propaganda der Opposition wird man in wirksamer Weise einzuschränken wissen. Die Terror-Akte der KPD. geben ja willkommenen Anlaß genug, außerordentliche Maßnahmen je nach Bedarf zu erlassen.

Die Wahlparole des Kabinetts Hitler lautet: „Gegen die November-Parteien!“ Mit dieser verlogenen Phrase will man das Zentrum, für das Adolf Hitler selbst noch vor wenigen Wochen höchst ehrende Worte gefunden hat, in einen Topf werfen mit KPD. und SPD. Dieser Anschlag wird nicht gelingen. Die hinter dem Zentrum stehenden Massen der christlichen Arbeiter und Bauern haben mit wachen Augen die Vorgänge der letzten Wochen verfolgt. Sie wissen, um was es geht. Sie haben nicht ohne Nutzen die Berichte über die Osthilfe gelesen. Sie sehen aus der Zusammensetzung des neuen Kabinetts, wie in Zukunft die deutsche Sozialpolitik aussehen soll.

So klare Erkenntnisse wischt man nicht durch einen Aufruf hinweg, in dem nicht nur patriotische Worte, sondern auch der Name Gottes mehrmals aufgeführt wird. Wir wenden uns mit äußerster Entschlossenheit gegen die, die den Namen Gottes vergeblich führen, um diejenigen zu diffamieren, die allein in den letzten Jahrzehnten für christliche Kulturpolitik gekämpft haben. Wir wenden uns gegen die, die den Mund mit patriotischen Phrasen voll nehmen, um gleichzeitig die Hälfte des deutschen Volkes als „Novemberparteien“ zu beschimpfen und einen furchtbaren Riß in die Einheit des deutschen Volkes zu ziehen.

Dieser Wahlkampf wird auch die Müden wachrütteln. Wer für den deutschen Volksstaat ist, kämpft unter der Parole: Keine Blankovollmacht für Hitler! Für Deutschlands Einheit und Freiheit! Für Erhaltung der Verfassung und der sozialen Grundrechte des Volkes!

Um die Auflösung des Preußen-Landtags

Berlin, 2. Februar.

In preußischen parlamentarischen Kreisen rechnet man damit, daß der nationalsozialistische Antrag auf Landtagsauflösung noch eine etwas andere Form erhält. Statt der „sofortigen“ erstreben die hinter dem Auflösungsantrag stehenden Fraktionen

eine zum 4. März befristete ausgesprochene Auflösung. Die Ursache ist in finanziellen Auseinandersetzungen mit der Reichsbahn wegen der Freifahrtarten zu suchen.

Eine Mehrheit für den nationalsozialistischen Auflösungsantrag muß noch immer als zweifelhaft bezeichnet werden,

zumal die Kommunisten ihre Entscheidung bisher nicht getroffen haben. Sollte der Landtag den Auflösungsantrag ablehnen, so ist damit zu rechnen, daß Präsident Kerrl das 3-Männer-Kollegium einberuft. Aber auch hier dürften weder Ministerpräsident Braun noch Staatsratspräsident Widenauer für die Auflösung eintreten, so daß nur der von maßgebender politischer Seite bestätigte Ausweg übrig bleibt,

den Landtag im Verordnungswege aufzulösen. Wie man hört, soll es sich dabei nicht um eine Verordnung des Reichspräsidenten handeln. Der Weg, den man auf diesem Gebiete einschlagen will, wird noch streng vertraulich behandelt.

Da darf man ja neugierig sein, welcher Weg zur Umgehung der Verfassung hier ausgedacht worden ist! Warten wir das im Reiche ab!

Fortsetzung der Kabinettsberatungen

Berlin, 2. Februar. (E. M.) Das Reichskabinett, das heute vormittag nicht zusammengetreten ist, will seine Beratungen am Nachmittag fortsetzen.

Graf Helldorf Berliner Polizeipräsident?

Berlin, 2. Februar.

Zu den Gerüchten, daß der Berliner Polizeipräsident Dr. Meißner durch den Führer der Berliner SA, Grafen Helldorf ersetzt werden soll, wird von zuständiger Stelle noch eine Stellungnahme abgelehnt. Dabei wird darauf hingewiesen, daß eine solche Entscheidung nur in einer Gesamtsitzung der kommissarischen preußischen Regierung getroffen werden könnte; eine solche Sitzung hat aber bisher noch nicht stattfinden können. Wie wir weiter hören, soll Graf Helldorf bereits im Berliner Polizeipräsidium tätig sein.

Graf Helldorf Berliner Polizeipräsident — Dr. Goebels Rundfunk-Kommissar — Dr. Bang Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium — Staatssekretär a. D. Schmidt Staatssekretär im Reichsinnenministerium... Auf dem Gebiete der Personalpolitik hat das neue Reichskabinett schon Außerordentliches geleistet. Fortsetzung folgt...

Zentrumsfraktion berät

Berlin, 2. Februar.

Der Vorstand der Zentrumsfraktion des Reichstages verammelte sich am Donnerstag früh zur Beratung der durch die Reichstagsauflösung geschaffenen Lage. Der Beginn der auf 11 Uhr anberaumten Fraktionssitzung verzögerte sich, da um diese Zeit die Vorstandsberatungen noch nicht abgeschlossen waren.

Vorgehen gegen die KPD. in Preußen

Erlaß Görings

Berlin, 2. Februar. (E. M.) Umzüge und Demonstrationen der Kommunisten sind im ganzen preußischen Staatsgebiet verboten worden. Auch die geschlossenen Versammlungen werden einer erhöhten Beobachtung der Polizei unterworfen. Ferner wird die Polizei auch den kommunistischen Spottverbänden, insbesondere denen für Schießsport, vermehrte Aufmerksamkeit widmen. Der preußische Innenminister Göring hat einen entsprechenden Befehl an alle Polizeipräsidenten gerichtet.

Kurz nach 11 Uhr hat die Polizei die Befehle des Karl-Liebknecht-Hauses vorgenommen und ist zurzeit damit beschäftigt, sämtliche Räume des Gebäudes einer eingehenden Durchsuchung zu unterziehen. Ueber den Zweck dieser Aktion kann im Augenblick im Interesse der politischen Ermittlungen noch nichts genaueres gesagt werden.

Auch weitere Lokale der KPD. wurden durchsucht, so die Räume der „Roten Fahne“ in Schönberg und ein kommunistisches Verkehrslokal im Süden Berlins.

Auch in Thüringen sind sämtliche Umzüge und Demonstrationen der KPD. verboten worden.

Ausfahrungen in Königsberg

Königsberg, 2. Februar. Im Verlaufe eines trotz polizeilichen Verbotes von der kommunistischen Partei veranstalteten „Hungermarsches“ kam es verschiedentlich zu Zusammenstößen und Ausschreitungen. Der schwerste Zusammenstoß ereignete sich gegen 12 Uhr auf dem Steinplatz, wo mehrere Schüsse abgegeben wurden, durch die anscheinend auch einige Personen verletzt wurden. Die Demonstranten versuchten den Verkehr zu stören, indem sie z. B. Autos aufhielten und umwarfen. Die Polizei steht in voller Alarmbereitschaft.

Ein Jahr Abrüstungskonferenz

Ein Rückblick

Berlin, 2. Februar (E. M.)

Der 2. Februar 1932 war nach den jahrelangen Ringen um den Termin der Abrüstungskonferenz zu einem symbolischen Datum geworden; in seiner Einhaltung, die in letzter Stunde durch den chinesisch-japanischen Konflikt beinahe unmöglich geworden wäre, erblickte die Welt, soweit es ihr mit der Erfüllung des Abrüstungsverprechens Ernst war, den Beweis eines neuen Geistes und eines wirklichen Fortschrittes der internationalen Politik.

Die einzelnen Etappen der Konferenz

Sind den politisch Interessierten mit schmerzlicher Deutlichkeit erinnerlich: der Streit um den Konventionstext des Vorbereitungsausschusses machte bald den ebenso unergiebigen Auseinandersetzungen über den amerikanisch-italienischen Plan der qualitativen Abrüstung Platz, im Hintergrunde standen die Flottenfragen und nicht zuletzt die hochpolitischen Probleme, die durch den deutschen Gleichberechtigungsanspruch und andererseits durch den in den ersten Konferenztagen veröffentlichten, aber niemals

diskutierten Lardieu-Plan über eine internationale Armee ausgeworfen worden waren. Die Belebung der immer schleppender werdenden Verhandlungen, die dem im Sommer vorgelegten Hoover-Plan nicht gelang, wurde durch den Protest Deutschlands gegen die inhaltlose Entschliebung vom 23. Juli herbeigeführt; aber das Zwischenspiel der „deutschen Frage“, das mit der grundsätzlichen Anerkennung der deutschen Forderungen endete, war ohne Einfluß auf die Abrüstung selbst, die eben nicht Sache Deutschlands, sondern der anderen ist. Das zeigte sich sofort bei den Ende Januar wieder aufgenommenen Genfer Arbeiten, die von dem neuen französischen Plan und den englischen Gegenentwürfen beherrscht werden.

Die Rolle Deutschlands

hat die Reichsregierung dahin gekennzeichnet, daß Deutschland nur die Hoffnung hegen könne, daß die Welt durch Beschränkung ihrer Rüstungen eine Vermehrung der Waffen Deutschlands niemals mehr erforderlich machen werde. Mit aller Deutlichkeit ist in diesen Worten die fortwährende Propaganda gegen die angeblich die Konferenz gefährdenden deutschen „Aufrüstungspläne“ als eine willkürliche Umkehrung der wirklichen Verantwortlichkeiten gekennzeichnet.

Bezirkstagswahl Ostpr.

Zum ersten Male zwei Sitze für das Zentrum.

Ostpr., 2. Februar. Das Ergebnis der Bezirkstagswahl Ostpr. ist folgendes: Liste 1 Kommunistische Partei 2278, Liste 2 Sozialdemokratische Partei 2152, Liste 3 Nationalsozialistische Partei 1639, Liste 4 Bürgerliche 4670. — Die Listen 3 und 4 hatten eine Listenverbindung eingegangen.

Die Sitze verteilen sich wie folgt: KPD. 2, SPD. 1, NSDAP. 1, Bürgerliche 4. Davon entsallen zum ersten Male 2 Sitze auf das Zentrum. Die Vertreter sind die Herren Kiedel, Seitendorf, und Posselt, Königsberg.

Letzte sächsische Meldungen

Seitendorf. Nachdem die beiden Schulen infolge Grippeerkrankungen 8 Tage geschlossen waren, hat der Unterricht heute wieder begonnen.

Seitendorf. Die Besitzerin der sogenannten „Obermühle“, Frau Wittig, ist am Mittwoch einer schweren Lungenerkrankung erlegen. Durch ihr Geschäft war die erst 55jährige weit in der Umgebung bekannt.

Politische Ausschreitungen.

Chemnitz. Auch in Chemnitz veranstalteten die Nationalsozialisten am Mittwochabend eine Kundgebung aus Anlaß der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler. Nach Auflösung des Zuges kam es zu einigen Zwischenfällen.

Ramenz. Bei der am Dienstagabend hier veranstalteten nationalsozialistischen Kundgebung kam es auf dem Marktplatz zu einem wilden Tumult. Die Polizei mußte eingreifen und vom Gummiknüppel Gebrauch machen. Mehrere Personen wurden bei den Zwischenfällen zum Teil erheblich verletzt.

Tödlicher Verkehrsunfall.

Stollberg. Auf der Staatsstraße in Mitteldorf wurde der Arbeiter Bruno Reinhold aus Gablenz von einem Postauto überfahren und ein Stück mit fortgeschleift. Mit schweren Glieder- und Schädelverletzungen wurde der Verunglückte dem Stollberger Krankenhaus zugeführt, wo er bald darauf verstarb.

Die Ausbrüche in Genf

über den französischen konstruktiv. Plan.

Genf, 2. Februar.

Im Hauptauschuß der Abrüstungskonferenz begann heute nachmittag die allgemeine Aussprache über den französischen Plan, zur Abrüstungsfrage. Es wird allgemein mit einer großen politischen Debatte gerechnet. Als zweiter Redner spricht der deutsche Vertreter Reichsminister Nabolng, der den deutschen Standpunkt in näheren Ausführungen darlegen wird.

Kurze Nachrichten

Berliner sozialdemokratische Kundgebung verboten.

Berlin, 2. Februar. Die für Sonntag, den 5. Februar geplante sozialdemokratische Kundgebung ist verboten worden. Am Sonntag findet das feierliche Staatsbegräbnis der beiden Opfer der Charlottenburger Blut-tat statt.

von Carlomag aus der preußischen Pressestelle ausgeschlossen.

ent. Berlin, 2. Februar. (E. M.) Der bisherige Leiter der Pressestelle der preußischen Staatsregierung Dr. von Carlomag ist aus seiner Stellung ausgeschlossen. Ein Nachfolger ist noch nicht ernannt.

Großfeuer löst vier Gehöfte ein. — Ein Todesopfer.

Waldhaus (Obersalz), 1. Februar. Ein Großfeuer hat in der Nacht zum Dienstag vier Gehöfte vollkommen in Schutt und Asche gelegt. Als Ursache wird vorläufige Brandstiftung angenommen. Dem Brande ist auch ein Menschenleben zum Opfer gefallen; der 23jährige unterheiratete Landwirtsohn Juchs ist in einer Scheune verbrannt.

Reichstarifverhandlungen im Baugewerbe. Im abgelaufenen Monat haben mehrfach Reichstarifverhandlungen fürs Baugewerbe stattgefunden, doch ist bisher eine Einigung nicht zustande gekommen. Die Verhandlungen werden am 7. und 8. Februar fortgesetzt mit dem Ziel, rechtzeitig vor Ablauf des jetzigen Reichstarifvertrags am 2. März eine Neutarifizierung zu schaffen.

Dresdner Börse vom 2. Februar

Ruhig. Der Verlauf der Dresdner Börse war heute wesentlich ruhiger als in den Vortagen. Die neugeschaffene politische Situation ließ die Belebung der letzten Tage etwas abflauen. Kursveränderungen nach beiden Seiten hielten sich etwa die Waage. Stärker gebessert lagen Alrosa + 3 1/2 Proz., Lingner + 3 Proz., Poliphon + 2 1/2 Proz., Triptis, Schöffelhof und Braubank je + 2 Proz., während Kulmbacher Ritzl 8 Proz., Wanderer 1 1/2 Proz., Vereinigte Photo 2 Proz. und Dr. Kurz 4 1/2 Proz. gegenüber 31. 1. nachgaben. Die weiteren Abschlüsse gingen über 1 Proz. nicht hinaus. Anleihen und Pfandbriefe verkehrten uneinheitlich. Schwächer lagen Reichsanleihe Altbesitz — 1 1/2 Proz. und Neubesitz — 0.85 Proz.

Kursnotierungen: Reichsanleihe Altbesitz 8.8, Reichsanleihe Neubesitz 8.85, Reichsbank 157, Sächsische Bodenreditanstalt 82 1/2, Chem. Fabrik v. Seyden 68, Chem. Fabrik Helsenberg 70 1/2, Dresdner Gardinen 20 1/2, Elektra 125, Erste Kulmbacher 63, Kelfenheller 42 1/2, Kulmbacher Ritzl 115, Alrosa 190 1/2, Peniger Patentpapier 22 1/2, Poliphon 30 1/2, Radeberger Exportbier 108, Reichsbrot 144 1/2, Schubert u. Salzer 171, Soc. Brauerei Waldschlöthen 90 1/2, Wanderer 58 1/2, Zell-Phon 65.

Witterungsaussichten der Dresdner Wetterwarte

Witterungsaussichten: Zeitweise lebhafteste Winde aus westlichen Richtungen. Meist stark bewölkt. Etwas Temperaturrückgang. Zeitweise Niederschläge.

Feuer und Wasser

Der Privatwirtschaftler Eugen Berg und der nationale Sozialist Hitler.

Die Lösung der Regierungskrise ist eine politische Lösung. So stellt die „DZ“ mit Recht fest. Man kann auch in der Reichspresse nach wie vor die Beteuerungen und Beschwörungen nachlesen, die sich in erster Linie an die Nationalsozialisten wenden, nur ja das Einende nicht zu vergessen, das sich offenbar schwer in Worte fassen läßt, das man nur immer wieder als das „Nationale“ schlechthin feiert, nach Goethes bewährter Maxime: „Denn eben wo Begriffe fehlen, da stellt ein Wort zur rechten Zeit sich ein.“ Man wird in den beteiligten Kreisen sehr genau wissen, warum man auf diese Beteuerungen heute so großen Wert legt. Ganz einfach deshalb nämlich, weil man auch innerhalb der neugeborenen Harzburger Front die Tatsache nicht übersehen kann, daß im Kabinett Hitler — Papen wirtschaftliche und sozial seltsame heterogene Elemente vor einen Wagen gespannt worden sind. Man scheint selbst noch nicht daran zu glauben, daß die beiden Kräfte Nationalsozialismus und Eugen Bergs Wirtschaftstheorie, so ganz harmonisch und ungestört wie ein Schimmel und ein Nappe in der gleichen Richtung ziehen werden. Auf diese Schwierigkeiten innerhalb der neuen Regierung weist unter anderem sehr nachdrücklich die „Kölnische Zeitung“ hin (Nr. 62), die in einem Leitartikel in durchaus sachlicher Weise den „Krisenminister Eugen Berg“ behandelt und zu diesem Thema u. a. sagt:

Das schwierigste Problem für die bevorstehende Arbeit des Kabinetts auf wirtschaftlichem Gebiet ist jedoch die Frage, wie dieser Mann (Eugen Berg), auf den der Begriff „sozialistisch“ wirken muß wie ein Guß Wasser auf eine glühende Eisenplatte, mit dem Nationalsozialisten Hitler an einem Strang ziehen soll. In den ersten Tagen mag das Bemühen, nach jahrelangem Kampf nun endlich den Weg zu einer nationalen Konzentration der Kräfte gefunden zu haben, über manches hinwegsehen lassen. Aber wenn es zur praktischen Arbeit kommt, werden sich die ungeheuren Schwierigkeiten zeigen, für dieses Kabinett überhaupt eine Linie des wirtschaftspolitischen Handelns zu finden. Was zum Beispiel soll mit dem dilettantischen Erbe der Regierung Schleicher, mit der Margarine-Verordnung geschehen? Wird Eugen Berg sie durchführen, nachdem die nationalsozialistische Partei sich so entschieden dagegen ausgesprochen hat? Wird Eugen Berg ein ausgedehntes öffentliches Arbeitsbeschaffungsprogramm, wie es die Nationalsozialisten bisher vertreten, entgegen seinen bisherigen Ansichten gutheißen? Oder wie sieht es mit den Beschlüssen der Reichstagsausschüsse aus den drei letzten Wochen, die entweder auf nationalsozialistische Initiative oder doch mit nationalsozialistischen Stimmen Widerungen der Notverordnung und Erhöhungen der Versicherungsleistungen verlangten, die insgesamt etwa zwei Milliarden Mark kosten müßten? Wird hier Hitler abzuweichen, oder wird Eugen Berg nach der Erkenntnis, daß Regierungen sozialpolitisch teure Regierungen sind, zahlen müssen? Es gibt noch eine Menge von Fragen dieser Art, die zugleich alle lauten müssen: Wird der Privatwirtschaftler Eugen Berg sich sozialistisch entscheiden, oder wird der Nationalsozialist Hitler sich privatwirtschaftlich manieren? Vorläufig hat Eugen Berg die Vorbereitung dieser Fragen zu leisten. Überall tauchen, wenn man einige Wochen weiter blickt, entgegenstehende Ansichten auf, und nur in einigen mittelständischen landwirtschaftlichen Fragen. — Hier allerdings auf Kosten der Industrie — sind gewisse Berührungsmöglichkeiten wahrnehmbar.

Das Kabinett Hitler ist von vielen Kreisen politisch zunächst als eine Lösung empfunden worden, wirtschaftspolitisch sind seine Wege nicht zu übersehen. Es wird einer übermenschlichen Ausgrenzung und Verantwortung bedürfen, wenn aus diesem Kabinett der nationalen Konzentration bei dem Versuch praktischer Arbeit nicht ein Kabinett des konzentrierten Widerspruchs werden soll.

Auch andere Leute scheinen an diese „übermenschlichen“ Fähigkeiten weder bei Herrn Hitler noch bei Herrn Eugen Berg zu glauben. Denn auch die „DZ“ spricht mit einigem Stürzungeln von der „wirtschaftlichen Problematik des neuen Kabinetts“. Sie hat zwar immer für den Eintritt Hitlers in die Regierung geschwärmt. Jetzt, da Hitler Kanzler ist, bemerkt sie aber plötzlich, daß das Programm des nationalen Sozialisten Hitler beladen ist mit unmöglichen Währungs-ideen, mit der Utopie von zinslosem Kredit und Kapital, mit der noch etwas ungeklärten Idee von der staatlich befohlenen Renaissance der Zinsfrage und mit allen möglichen Verstaatlichungsplänen. „In der Währungsfrage bis zu einem bestimmten Grade in der Währungsfrage beruht sich Hitlers Programm mit dem Gedankenkreis der Gruppe um Eugen Berg, die allerdings außerdem die Tendenz habe, nicht nur radikal gegen die Auslandsgläubiger anzugehen, sondern auch die Politik von Privilegien für die Landwirtschaft, die dieser selbst nur scheinbar nützen, weiter zu treiben und damit eine Verschärfung unserer Handelspolitik zu verbinden.“ Jaghaft meldet die „DZ“ gegenüber diesen planwirtschaftlichen Vorstellungen

gen eine gewisse Steppis in Industrieflecken an. Sie sucht auszunobeln, ob der erhoffte Auftrieb der wirtschaftlichen Konjunktur stärker sein werde als jede wirtschaftspolitische Dummheit, die sie offenbar in reichlichem Maße befürchtet. Ihre einzige Hoffnung setzt die „DZ“ auf den Namen Papen, der vor einem halben Jahre die Privatwirtschaft zum Träger des Wiederaufbaus der nationalen Wirtschaft erklärt und ihre Initiative aufgerufen habe. Wir sind allerdings auch der Meinung, daß die wirt-

schäftliche und soziale Grundlage des neuen Kabinetts mehr als problematisch ist. Eugen Berg hat zu lange und zu laut gepredigt, daß eine Vereinigung von Sozialismus und Privatwirtschaft so unmöglich ist wie eine Vereinigung von Feuer und Wasser, als daß er selbst an die Möglichkeit einer mittleren Linie zwischen seinen und Hitlers Wirtschaftstheorien glauben könnte. Wer von beiden wird also keine Gefolgschaft enttäuschen müssen? Wir können auf die Beantwortung dieser Frage getrost warten.

Daladiers Aufgabe

Paris, 1. Februar.

Der neue Ministerpräsident Daladier empfing am Dienstagabend die französische Presse und erklärte u. a. dabei folgendes: „Ich habe den Nachmittag dazu benützt, um endgültig die Lösungen auszuarbeiten, die ich zur Überwindung der sich aus der Wirtschaft- und Finanzlage unmittelbar ergebenden Schwierigkeiten für notwendig erachte. Ich glaube, daß das Land die Taten der Regierung abwarten wird und ich bin sicher, daß diese Taten energisch und kraftvoll sein werden. Das Land braucht Ruhe und Arbeit, und in diesem Sinne wird sich die Regierung bemühen, die ersten Maßnahmen, die entscheidend sein können, zu treffen. Mein einziges Ziel ist, die finanzielle Verbindung mit höchster Energie durchzuführen.“

Als Nachfolger des zum Arbeitsminister ernannten François Albert wurde Ferrat einstimmig zum Vorsitzenden der radikalsozialistischen Kammerfraktion gewählt und ist gleichfalls zum Präsidenten des Auswärtigen Ausschusses ausgerufen. Auch dieses Amt wurde bisher von François Albert bekleidet. — Der Senat hat das von der Kammer angenommene provisorische Haushaltsziel ohne Veränderung ebenfalls angenommen.

Die dem Ministerpräsidenten Daladier nahestehende „Republique“ wendet sich gegen die Manöver der Rechten, die

darauf hinausgehen, Sozialisten und Radikalsozialisten gegeneinander auszuspielen, um dadurch den Beweis zu erbringen, daß eine Regierung der Linken regierungsunfähig sei und nur eine nationale Einigung die bevorstehenden Aufgaben lösen könne. Die Hoffnungen der reaktionären Kreise, so schreibt das Blatt, seien um so ungerechtfertigter, als Daladier die Absicht habe, eine gewagte Linkspolitik zu betreiben. Vom Standpunkt des Haushalts aus würden die neuen Steuerentwürfe neben den unabänderlichen Maßnahmen von einem weitgehenden demokratischen Geist getragen sein.

Die Übernahme der Ministerien durch die neuen Minister ist schon am Dienstag erfolgt. Finanzminister George Bonnet hat sofort mit seinen Mitarbeitern die Frage der Wiederherstellung des Haushaltsgleichgewichts in Angriff genommen und hat dabei festgestellt, daß sein Vorgänger Chéron den Fehlbetrag zu hoch angesetzt hat. Bonnet behauptet jedenfalls, daß er nur rund 6 Milliarden Franken betrage. Wie verlautet, beabsichtigt er, diesen Fehlbetrag durch die Auflage einer Anleihe in Höhe von 3½ Milliarden Franken, durch eineinhalb Milliarden Franken Einsparungen und eine Milliarde Steuern zu decken. Im Laufe des Dienstag hatte er bereits Aussprachen mit Vertretern der ehemaligen Kriegsteilnehmer, mit denen er zu einer Einigung über eine geringe Herabsetzung der Renten gelangt sein soll. Für die Beamtengehälter soll eine neue Staffelung eingeführt werden.

Italiens innere Kolonisation

Das Streben nach wirtschaftlicher Autonomie

(Von unserem Vertreter.)

R. v. Fr. Rom, Ende Januar.

In Italien leistet man in den letzten Jahren ohne viel Aufhebens eine agrar- und bevölkerungspolitische Aufgabe ersten Ranges. Ueber bedeutsame Einzelheiten der fortschreitenden Kolonisation der Deplandereien in den Pontinischen Sümpfen, bei Macerata in Latium, auf Sardinien usw., wurde wiederholt hier Reichstagsüberblick berichtet. Man wird das moderne Italien erst ganz begreifen und in seinen Bestrebungen zu finden. Celestina Arena hat in seiner Schrift „Italiani mughioni“ den für den alljährlichen Bevölkerungszuwachs im eigenen Lande, in den Kolonien und in Uebersee, Arbeitsstätten zu finden. Celestina Arena hat in seiner Schrift „Italiani per il mondo“ (Die nationale Auswanderungspolitik), die 1927 im Verlag Alpes, Mailand, erschien, die Auswanderungsfrage für seine Nation systematisch behandelt. In der Einleitung definiert er den jährlichen Bevölkerungszuwachs Italiens auf 430 000. In den letzten 25 Jahren des 19. Jahrhunderts wanderten alljährlich ungefähr 210 000 Italiener aus, während in den ersten 15 Jahren des neuen Jahrhunderts pro Jahr 600 000 Italiener die Heimat verließen. Erst in Folge des Weltkrieges trat ein Rückgang von 50 v. H. der Auswanderung ein, dennoch besteht der völlige Kostend fort. Schon nach einem damaligen Worte Mussolinis ist ein Krieg um Kolonien ausgeschlossen, aber man müßte doch an einen Kampf um politischem Terrain denken, um mit diplomatischen Mitteln ein gewisses Gleichgewicht in der gegenwärtigen ungleichen Verteilung der Lebensgüter und der Bedürfnisse nach denselben zu erreichen. Dieses Problem der politischen Durchdringung kann nicht in einem Jahre gelöst werden; es bleibt nur die möglichst große Ausnutzung des nationalen Territoriums und daneben die Auswanderung übrig. Nach einem Ausspruch Mussolinis soll der letzte Quadratzentimeter italienischen Bodens mit all seinen Energien erschlossen und entwickelt werden, daneben aber auch der Arbeitsmarkt und die Industrie im allgemeinen. Mehr als fünf Jahre sind seit der programmatischen Behandlung der Auswanderungsfrage durch Arena verstrichen, wahrlich nicht müßig, sondern in wechselläufigem Abwägen und Anfeigen der Auswanderungsbewegung, deren Faktoren Dr. Richard Falz kürzlich in seiner instruktiven Studie „Das Auslandsitalienertum seit dem

Friedensschluß und seine kulturelle Bedeutung“ (Schriftensammlung „Deutschtum und Ausland“, Verlag Wittenberg, München i. B. 1933) offengelegt hat.

Da die Auswanderung für Italiens wachsende Bevölkerung nicht zu vermeiden ist, zielt man darauf ab, mit ihr in verträglicher und würdevoller Weise eine größere Weitung des Nationalismus in der Welt an Stelle des früheren Untergangs des Volksweltbewusstseins oder seiner Gefährdung in der Fremde zu erreichen. Während der Strom der Auswanderer nach Möglichkeit gedämpft und mit Kautelen seiner nationalen Selbstbehauptung ausgerüstet wird, wird der Fluß der inneren Kolonisation weithin gefördert und ist nur von der stufenweisen Entlastung finanzieller Aufwendungen der öffentlichen Hand und dem Fortschreiten der Urbarmachungen selbst abhängig. „Giornale d'Italia“ Nr. 22 vermittelt einen sehr anschaulichen Ueberblick über diese binnenitalienische Bauernwanderung und die dabei aufgewandten staatlichen Unterstühtungen. Ziel dieser Agrarpolitik ist, durch Intensivierung der Bodenbearbeitung allmählich zur wirtschaftlichen Autonomie Italiens zu gelangen. Dabei spielt eine gleichmäßigere Bevölkerungsverteilung sowie Möglichkeit der Bedürfnisbefriedigung eine wichtige Rolle.

Im März 1926 wurde unter der Oberleitung des Regierungschefs ein Ständiger Ausschuss für inneritalienische Bevölkerungsverteilung geschaffen, um vor allem den ländlichen Bevölkerungszuwachs aus Oberitalien in Süditalien und auf den Inseln anzugehen. Mussolini machte in seinem Briefe vom 24 März 1927 an den Minister Curiati auf einen Bericht des vorgenannten Ausschusses die Feststellung, daß Italien seit 1921—1927 eine Million Auswanderer verloren habe. Die Landwirtschaft Italiens müsse daher auf die Höhe gebracht werden, auch wenn es Milliarden koste und ein halbes Jahrhundert verstreiche. Mit dem 1. Januar 1929 wurde das vorerwähnte Komitee zum Exekutivorgan des Ministeriums für öffentliche Arbeiten bestellt und später in ein Kommissariat unter der unmittelbaren Leitung des Ministerpräsidenten verwandelt. Der Duce ordnete in einem Erlass vom 20. Juli 1930 an die Präfekten an, daß das Kommissariat als Zentralorgan überall für schleunige, den Bedürfnissen entsprechende Verteilung der ländlichen Arbeitskräfte sorgen müsse. In der Zeit vom 1. Januar 1929 bis 30. Juni 1930 fanden 1660 Landarbeiter dadurch eine Stellung, 40 Familien wurden auf dem Lande ansässig gemacht und 75 000 Lit. Zuschüsse für die Zwecke verausgabt. Im zweiten Semester 1930 wurden ferner 230 bäuerliche Familien aus der überbesiedelten Poebene in die neu urbar gemachten Gebiete des Mutterlandes und der Kolonie Tripolitane verpflanzt. In diesen Gegenden fanden gleichzeitig 12 562 Landarbeiter Beschäftigung. 1931 erhielten 841 Familien mit 5650 Mitgliedern neue Heimstätten, von denen 643 bei ländlichen und die übrigen bei industriellen Arbeiten Verwendung fanden. 313 068 Arbeiter wurden zwischen Gemeindefürsorge und verschiedenen ausgetauscht und 78,9 v. H. dauernd oder vorübergehend bei agrarischen Arbeiten gebraucht. Im Jahre 1932 nahmen 1019 Familien an dieser Binnenwanderung in Italien teil, während 85 davon nach Tripolitane überfiedelten. 50 000 Arbeiter beteiligten sich ebenfalls an diesem wirtschaftlichen Verschiebungsprozeß.

Dieser Ausgleich verlangt naturgemäß eine erhebliche Erfahrung und Rücksichtnahme der Behörden. Wertvoll ist die Bemerkung des „Giornale d'Italia“, daß keinerlei Nötigung oder Druck dabei stattfindet. Man wählt die Familien aus, die eine Garantie für Gesundheit und produktive Arbeit bieten, läßt sie aber ihre Heimat selbst bestimmen. Das Kommissariat hat bei der Ansiedlung von 500 Familien in der neuen Stadt Vittoria in den Pontinischen Sümpfen etwa 1820 Familien in der Provinz Venetien geprüft und begutachtet. Mit berechtigtem Stolz sagt „Giornale d'Italia“, daß ein ähnlicher Bevölkerungszuwachs im Lande ohne Vorgang in Europa sei. Nur das russische Rußland unter Stoppin versuchte Sibirien durch russische Bauern zu kolonisieren, aber das Unternehmen schlug durch deren Rückkehr in das Mutterland fehl. Der italienische Staat greift den ländlichen Arbeiter mit jeder Art von Unterstützung und Rat unter die Arme. Ansehnliche Summen nennt das „Giornale d'Italia“, die sowohl als Beiträge für die Urbarmachung, wie als Entprentnisse in den Jahren 1931/32 an die Siedler durch das vorerwähnte

Dürfen wir noch bauen?

Der Deutsche Verein für Wohnungsreform veranlaßte am Mittwoch im Saal des Reichswirtschaftsrats eine Kundgebung, in der er vor der Öffentlichkeit seine Meinung dahin kundtat, daß er eine weitere Verschlimmerung der Wohnungsbautätigkeit im Interesse der Volksgesundheit und aus arbeits- und wirtschaftspolitischen Gründen nicht gutheißen könne. Es sprach zunächst der Direktor beim Statistischen Reichsamt, Dr. F. Burgdörfer, über Bevölkerungsdynamik und Wohnungsbedarf. Die Frage, ob wir noch Wohnungen bauen dürfen, sei, so führte er aus, durch den Geburtenrückgang, der seit drei Jahrzehnten in Deutschland festzustellen ist, aufgeworfen worden. Die Kopfszahl der Reichsbevölkerung werde bereits um das Jahr 1945 mit etwa 67 bis 68 Millionen ihre Höhe erreichen und alsdann zurückgehen. Trotzdem werde — infolge des Aufwandes fast befehrter Vorkriegsjahre — in das heimatliche Alter und der verlängerten Lebensdauer — der Bestand an Ehen und Haushaltungen noch weiter zunehmen und erst um das Jahr 1960 seinen Höhepunkt erreichen. Es würden bis dahin noch 3 bis 3½ Millionen Haushaltungen zuwachsen. Einschließlich des heute noch vorhandenen aber infolge der Wirtschaftskrise beständig gewordenen objektiven Fehlbedarfs an Wohnungen werde man bis zum Jahr 1960 noch mit einem Mehrbedarf von 3½ bis 4 Millionen Wohnungen rechnen müssen. Es müsse also in den nächsten zwei oder drei Jahrzehnten noch für einen ansehnlichen Bedarf gesorgt werden, während später ein Ueber-

schuß an unwerthbaren Wohnungen zu entstehen drohe. Auf diese späteren Schwierigkeiten müsse darum gegenwärtig bei der Landesplanung des Städtebaues und der Siedlung schon heute Rücksicht genommen werden. Dies bedeute aber nicht, daß überhaupt nicht mehr gebaut werden soll, sondern daß vorläufig planvoll und nur an Orten wirklichen Bedarfs gebaut werde.

Ueber die Wohnungsfrage als volkspolitische Kernproblem sprach anschließend Walter Lambach vom Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband. Die Umstellung zu einer neuen Arbeits- und Lebensstellung, wie sie heute zu einer Notwendigkeit geworden sei, sei nur möglich durch Wohnungsbau. In unseren Tagen könne man ein müßiges Bekenntnis zu dieser Aufgabe. An Stelle des freudigen Entschlusses „Wir wollen bauen“ werde oft die ängstliche Frage gestellt: Dürfen wir noch bauen? Damit werde der Wille zur Bautätigkeit überhaupt gehemmt und die Führung des Volkes an der Umstellungs- und Bauaufgabe gehindert. Solange keine Neubauwohnungen leerständen, könne von Fehlleistungen keine Rede sein. Der Kapitalmangel zwingt aber notgedrungen zu einer Unterstühtung des Wohnungsbaues mit öffentlichen Mitteln. Es ergebe sich die Forderung an die neue Regierung, ein großzügiges Wohnungsbauprogramm durchzuführen. Außerdem müsse die vorläufige Kleinsiedlung fortgesetzt und die Land- und Selbstverforgungs-Siedlung in Angriff genommen werden. Mittel zur Erreichung dieser Ziele seien durch Reichsdarlehen für Eigenheim-Erbauer, durch Herabgabe von Bürgschaften und sonstige Unterstühtung des Baues gesunder Kleinsiedlungen gegeben.

kommissariat geholt worden, oder im ersten Halbjahr dieses Jahres verausgabt werden. Für letzteres beläuft sich die Summe auf 1340 036 Lit. Mit Rodenhede und Reilhaus entsteht so in den ehemaligen Einöden ein neues Italien. Diese Bevölkerungsmischung hat aber noch die politisch günstige Nebenwirkung, daß durch den Zustrom neuer Kräfte aus Norditalien nach dem Süden das italienische Volksbewußtsein sich von dem eingefleischten Provinzialismus abhebt und mehr die gesamt-nationalen Triebkräfte verpersönlicht.

Erlasse an die Wehrmacht

Der scheidende Reichswehrminister von Schleicher wendet sich mit folgendem Erlaß an die Wehrmacht:

„Wenn ich heute der Wehrmacht ein herzlichstes Lebewohl zurufe, so tue ich es mit tiefem Dank für die Zeit, in der ich kämpfen, arbeiten und mithelfen durfte, um die Wehrmacht zum Rückgrat einer überparteilichen nationalen Staatsführung zu machen und sie von den Fesseln von Verfall zu befreien. So gern ich mein politisches Amt verlasse, so schwer wird mir der Abschied aus einer Gemeinschaft, in der die alten Soldatentugenden der Treue, selbstloser Pflichterfüllung und echter Kameradschaft noch eine Selbstverständlichkeit sind. Mit den besten Zukunftswünschen für jeden einzelnen verbinde ich die Mahnung: Vergeßt nie, daß Ihr Helfer und Förderer aller Volksschichten sein sollt, und daß die Wurzeln eurer Kraft im deutschen Volkstum liegen. — das ganze Deutschland soll es sein. Vorwärts mit Gott!“

gez. von Schleicher, General der Infanterie a. D.

Der neue Reichswehrminister von Blomberg hat anlässlich der Übernahme seines Amtes folgende Kundgebung an die Wehrmacht gerichtet:

„An die Wehrmacht!“

Das Vertrauen unseres Oberbefehlshabers, des Herrn Reichspräsidenten und Generalfeldmarschalls von Hindenburg, hat mich an die Spitze der Wehrmacht berufen.

Ich übernehme das Amt mit dem festen Willen, die Reichswehr nach dem Vermächtnis meiner Amtsvorgänger als überparteiliches Machtmittel des Staates zu erhalten, sie durch Förderung aller auf die Wehrtüchtigkeit des Volkes hingelenenden Bestrebungen zu unterbauen und sie in absehbarer Zeit zum vollwertigen Würgen der nationalen Sicherheit des Vaterlandes zu machen.

Der Reichswehrminister. (gez.) von Blomberg.

Eine Erklärung Schleichers

Zu den Staatsstreichgerüchten, die in der Nacht zum Montag von interessierter Seite ausgestreut wurden, um auf Adolf Hitler einen Druck auszuüben, nimmt nun auch der frühere Reichsminister von Schleicher, der mit diesen Plänen in Verbindung gebracht worden war, Stellung. Er erklärte in der „N. Z.“, daß an diesen Gerüchten nicht ein einziges wahres Wort sei; sie seien völlig sinnlos und mühten als boshafte Erfindungen und Verleumdungen gekennzeichnet werden. Herr von Schleicher fügt hinzu, daß sein letzter Vortrag beim Reichspräsidenten sich in einer ganz anderen Richtung bewegt habe. Er habe es für seine gebieterische Pflicht als noch im Amt befindlicher Reichsminister und Führer der Wehrmacht gehalten, dem Reichspräsidenten die Gefahren einer Wiederbetragung des früheren Reichsministers von Papen darzustellen. Ein solches Kabinett, das sich lediglich auf ein Zehntel des deutschen Volkes stütze, sei eine Kampfanlage an die übrigen neun Zehntel des deutschen Volkes, die zu schweren Verwicklungen und schließlich auch zu einer Zermürbung der Reichswehr und der Polizei geführt hätte.

Verantwortlich für Inhalt und Gestaltung: Dr. G. Decker, Dr. Volpert, Ernst und Angeler: G. Winkel, beide in Dresden, Pöhlertstraße 17. Druck und Verlag Germania, Dresden.

Staatsrat Schäffer über Föderalismus

Eine Rede vor Berliner Zentrumstudenten.

Vor einer überfüllten Versammlung der Berliner Zentrumstudenten sprach am Dienstagabend Staatsrat Schäffer, München, der Vorsitzende der Bayerischen Volkspartei, über die Bedeutung des deutschen Föderalismus. Er zeichnete zunächst in kurzen Zügen die soziologische Struktur Bayerns, das im Gegensatz zu anderen deutschen Gebieten von kleinbäuerlicher Bevölkerung besiedelt sei. Diese kleinbäuerliche Bevölkerung sei ihrem Wesen nach konservativ, und müsse, da sie eine Jahrtausendlange eigenständige Kultur besitze föderalistisch eingestellt sein. Deswegen sei Bayern und die Bayerische Volkspartei der stärkste Träger des föderalistischen großdeutschen Gedankens geworden. Ein Großdeutschland mit Einschluß Ostpreußens sei nur auf föderalistischer Grundlage möglich. Wenn die Bayerische Volkspartei deswegen föderalistisch eingestellt sei, so diene sie nicht nur den Interessen Bayerns, sondern dem Interesse Großdeutschlands. Die zentralistische Zusammenballung aller Macht im Norden müsse dem Anschlußgedanken entgegenwirken. Wie sehr sich eine solche zentralistische Zusammenballung wirtschaftlich demerbar mache, zeige er an dem Beispiel der zentralistischen Steuerverwaltung. Eine einseitige Freiheit der Länder auf kulturellem Gebiete, wie Dr. Friedl sie in der letzten Reichspräsidentenwahl vorgeschlagen habe, mühe daher noch nichts. Kulturelle Freiheit ohne Freiheit der Verwaltung sei undenkbar.

Zum Schluß wandte der Redner sich noch scharf gegen den immer wieder von gewissen Kreisen künstlich konstruierten Gegensatz zwischen katholisch und national. Der Katholik müsse schon aus Achtung vor dem vierten Gebot national sein. Er sei ferner national, weil seine Weltanschauung ihn fittlich verpflichte, für das Wohl seines Volkes einzutreten. Jenen übertriebenen Nationalismus allerdings, der das Recht von Minderheiten mit Füßen trete, wie das Beispiel in Südtirol gezeige, müsse er ebenso aus fittlichen Gründen ablehnen. Der Redner schloß mit dem Satz: „Unser Kampf“

geht nie der Macht, sondern immer nur der Wohlfahrt der Gesamtheit der Nation.“

Seine Ausführungen wurden mit höchstem Beifall aufgenommen. In einer anschließenden Diskussion wurden noch verschiedene Fragen geklärt.

Gustav Lilienthal gestorben

Mitten in der Arbeit, an seinem Flugzeugmodell, dem er sich schon seit Jahren widmete, ist Gustav Lilienthal, der Bruder des Altmeisters Otto Lilienthal, im Alter von 84 Jahren in einer Halle der Deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt in Adlershof an den Folgen eines Herzschlages gestorben.

Als Sohn eines Kaufmannes in Anklam geboren, schlug er die Baumeisterlaufbahn ein. Gemeinsam mit seinem Bruder schuf er die Grundlagen der heutigen Fliegerei. Sein Hauptziel war die Ausnutzung des Windes zum Segelflug. Als die Versuche mißglückten, zog er sich für längere Zeit zurück. 1910 macht er die für die Entwicklung des Motorfluges bedeutendste Entdeckung, das Tragflächenprofil mit hart verdichteter Vorderkante, das günstigste Eigenschaften besitzt. Später widmete sich Lilienthal der Erforschung des Vogelfluges und diese Idee verfolgte er bis zu seinem Tode.

Gegen Auflösung des Arbeitsministeriums

Der Bund Deutscher Mietervereine hat an den Reichspräsidenten, Reichszahner und Reichsinnenminister folgendes Telegramm gefandt: Witterungsbedingungen zufolge ist die Aufstellung des Arbeitsministeriums und dabei die Eingliederung des wichtigen Gebiets des Wohnungswesens ans Wirtschaftsministerium geplant. Fragen des Wohnungswesens gehören ins soziale Ministerium und nicht in das ihm wesensfremde Wirtschaftsministerium. Wir bitten dringend, von der Umstellung absehen zu wollen.

Handelsnotizen

81 Woolworth-Läden in Deutschland

Die F. W. Woolworth & Co. G. m. b. H. teilt uns mit, daß das Preußische Ministerium für Arbeit und Wirtschaft ihr nicht nur für das in Berlin (Columbushaus), sondern auch für das in Halle a. S. zu errichtende Geschäft die Konzession erteilt hat. Beide Geschäfte werden Ende Februar eröffnet. Die Verpflichtung, während der Dauer der Notverordnung vom 23. Dezember v. J. (spätestens bis zum 1. April 1933) keine weiteren Läden zu errichten, ist von der Gesellschaft vorläufig nur für das preußische Gebiet übernommen worden. Nach der Inbetriebnahme der beiden Läden in Berlin und Halle wird die Gesellschaft in Deutschland insgesamt 81 Läden betreiben.

Erweiterungsbau der Ehnaps genehmigt. Nach einer Veröffentlichung des Verbandes Deutscher Waren- und Kaufhäuser in der Beilage „Der Einheitspreis“ seiner Zeitschrift hat das Preußische Ministerium für Wirtschaft und Arbeit einem Antrag der Ehnaps auf Genehmigung eines zwei Tage nach Erlaß der letzten Einheitspreis-Notverordnung fertiggestellten Erweiterungsbau von 40 Quadratmeter bei der Filiale der Gesellschaft in Hagen i. W. nunmehr stattgegeben.

Berliner Produkten-Börse

Anteilliche Preisnotierungen. Berlin, 1. 2. 1933

Für Getreide u. Ölsaaten p. 100 kg, sonst p. 100 kg ab Station, alles in Reichsmark

Weizen, märk.	184,0—188,0	Füllerschrot	12,00—14,00
Roggen, märk.	182,0—184,0	Pelletschrot	12,00—13,80
Gerste	—	Ackerbohnen	12,80—18,00
Braugerste	188,0—178,0	Wicken	12,80—18,80
Futtergerste	188—184	Lupinen, blanc	8,00—10,00
Wintergerste	—	Lupinen, gelbe	11,80—12,78
Hafer, märk.	112,0—118,0	Erbsen	17,00—23,00
Hafer, neuer	—	Bapschoten	—
Weizenmehl fr. Berlin	22,50—22,75	Leinschoten	10,80
Roggenmehl fr. Berlin	19,70—21,75	Erbsenschoten	10,80
Weizenkleie fr. Berlin	8,10—8,80	Erbsenschotenmehl	10,60—10,70
Roggenkleie fr. Berlin	8,70—9,00	Trödelmehl	8,80
Erbsen, Vikt.	20,00—22,00	Soyabohnenschrot	9,00
Erbsen, kleine	19,50—21,00	Kartoffellocken	12,45—13,60
Weizen März 201,0—202,5 — Mai 202,5—204,0			
Roggen März 162,5—164,00 — Mai 165,0—166,00			
Hallen März 123,5 — Mai 120,0—125,0			

Leipziger Börse vom 1. Februar. Die Umsätze waren recht gering; die Tendenz muß jedoch als nicht unfreundlich bezeichnet werden, und Kurserholungen überwiegen. Diese betragen bei Prellisch Braunkohlen 4, Sachsenbrenn 2,5, Glaugiger Zunder und Leipziger Spilhen je 2 Prozent. WDM büßte wiederum 0,5 Prozent ein. Ferner waren Schneider 1,75 Prozent schwächer, Wolgal gab 2 Prozent nach. Am Anlagemarkt stiegen Altbeis um 0,5, Neubeis um 0,25 Prozent. Staatsanleihen lagen überwiegend leicht abgeschwächt.

Chemnitzer Produktenbörse vom 1. Februar. Weizen 198 bis 199; Roggen 161—165; Gerbroggen 167—159; Sommergerste 177—195; Wintergerste 168—172; Hafer neuer 123—129; Weizenmehl 34,75; Roggenmehl 25,50; Weizenkleie 9—9,50; Roggenkleie 8,75—9,25; Weizenheu 10,6; Getreidestroh gepr. 8.

LI-MU
Dresden-Löbtau, Poststraße

Wegen allergrößten Erfolges
2. Woche verlängert
Grün ist die Heide
mit Paul Beckers, Fritz Kampers
Wo.: 1/2 7, 1/2 9 Uhr. So.: 4, 1/2 7 und 1/2 9 Uhr.

Rädelsburg - Lichtspiele
Großenhainer Straße 146

Von Freitag bis Montag
Die Tänzerin von Sanssouci
mit Lil Dagover, Otto Schulze
Wo.: 1/2 7, 1/2 9 Uhr. So.: 4, 1/2 7 und 1/2 9 Uhr.

Kreibich's Nachflg.
Inh.: Therese Ott / Dresden-A., Sporergasse 2
empfiehlt alle Sorten Porzellan, Straß-Steine
und Hals-Ketten zu billigsten Preisen.

GÖRLITZER
Lebensmittel
Feinkost, Wein
Spirituosen
Tabakerzeugnisse
Kohlen
An Jahresende
6%
Rückgewähr

Ruf 21933
Hof-Chaisenträger
Dresden-A1
Nur Jüdenhof 6
Transporte jeder Art
Verpackung Lagerung Wohnungsaustausch

Statt besonderer Anzeigel
Pflöcht und unerwartet verschied heute
unsere liebe Freundin
Margarethe Maisel
Dresden, Wägnerstraße 16, den 1. Febr. 1933.
Dies zeigen tiefbetrußt im Namen aller
freundinnen an
Katharina und Anna von Blaha.
Beerdigung Sonnabend, den 4. Februar,
nachm. 2.30 Uhr, auf dem Inneren katholischen
Friedhof, Friedrichstraße.
Die Seelenmesse wird am gleichen Tage
früh 7 Uhr in der Marienkapelle, Witten-
bergerstraße, gelesen.
Beileidsbesuche dankend abgelehnt.

Suche
3 Zimmerwohnung
(3 Z. u. Küche) in Striesen oder Johann-
stadt. Angebote unter 5000 an die Ge-
schäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Einladung
zum Vortrag des Herrn Kaplan
Deuster,
Leiter des kath. Ferienkinderhilfswerks,
Dortmund.
Dienstag, den 7. Februar. 17 Uhr, im
Kolpinghaus, Käufferstr. 4.
Filmvorführung:
„Unsere Kinder.“
(Erstklassiger Lauffilm.)

Reichstagsneuwahl 5. März

Der Appell an das Volk

Auflösung des Reichstags mit sachlich unzutreffender Begründung

Hitler will Blanko-Vollmacht

Berlin, 2. Februar.

Nachdem der Reichskanzler und der Reichs-Vizekanzler dem Herrn Reichspräsidenten Bericht über die Verhandlungen mit dem Zentrum erstattet hatten, hat der Reichspräsident folgende Verordnung über die Reichstagsauflösung erlassen:

„Nachdem sich die Bildung einer arbeitsfähigen Mehrheit als nicht möglich herausgestellt hat, löse ich auf Grund des Artikels 25 der Reichsverfassung den Reichstag auf, damit das deutsche Volk durch Wahl eines neuen Reichstags zu der Neubildung der Regierung des nationalen Zusammenschlusses Stellung nehmen kann.“

1. Februar 1933.

Gleichzeitig ist durch eine weitere Verordnung vom Herrn Reichspräsidenten als Wahltermin der 5. März bestimmt worden.

Wir bedauern aufrichtig, den Namen des Reichspräsidenten v. Hindenburg unter einem Dokument zu lesen, dessen erster Satz eine objektive Unrichtigkeit enthält: Die Bildung einer arbeitsfähigen Mehrheit im Reichstag hat sich nicht als unmöglich herausgestellt. Wichtig ist vielmehr, daß die Bildung dieser Mehrheit überhaupt nicht versucht worden ist. Es ist schon heute vorzuziehen, daß der Hauptstoß im kommenden Wahlkampf gegen die Mitte, gegen Zentrum und Bayerische Volkspartei gehen wird, die sich angeblich der Mehrheitsbildung versagt haben. Wir stellen daher schon heute fest:

Es ist un wahr, daß irgendein Versuch gemacht worden ist, Zentrum und Bayerische Volkspartei bei der Bildung der gegenwärtigen Reichsregierung irgendwie heranzuziehen. Wahr ist, daß der Beauftragte des Reichspräsidenten, Herr v. Papen, mit diesen beiden Parteien überhaupt nicht verhandelt hat.

Es ist un wahr, daß das Zentrum es abgelehnt hat, der Regierung Hitler die Möglichkeit zur praktischen Arbeit zu geben. Wahr ist, daß das Zentrum vor Erteilung weitgehender Vollmacht sich Auskunft über die Absichten der Regierung erbeten hat und daß

an Stelle einer Antwort die Auflösungsorder veröffentlicht worden ist.

Der wahre Grund zur Auflösung des Reichstages ist also die Tatsache, daß das Zentrum nicht bereit war, blindlings und ohne Sicherheiten für den Bestand der Verfassung und der sozialen Erzeugenschaften der Nachkriegszeit der Regierung Hitler eine Blanko-Vollmacht zu geben.

Der Sinn des überflürzten und unnötigen Wahlkampfes ist: Die Regierung Hitler will vom deutschen Volke direkt die Blanko-Vollmacht haben, die sie vom Reichstag nicht glauben erlangen zu können. Die Mitwirkung des Volkes an der Gestaltung der Geschichte des Landes soll zunächst einmal auf vier Jahre ausgeschaltet werden.

In dieser Tatsache können auch die schönen Worte des Aufrufes der Reichsregierung, den wir als historisches Dokument nachfolgend wörtlich zum Ausdruck bringen, nichts ändern.

Bier Jahre Diktatur!

Der Aufruf der Reichsregierung - Hugenberg's Bierjahresplan

Berlin, 2. Februar.

Die Reichsregierung erläßt folgenden Aufruf an das deutsche Volk:

„Über 14 Jahre sind vergangen seit dem unseligen Tage, da von inneren und äußeren Versprechungen verlobt, das deutsche Volk der höchsten Güter unserer Vergangenheit, des Reiches, seiner Ehre und seiner Freiheit vergaß, und dabei alles verlor. Seit diesem Tage des Verrates hat der Unmächtige unserm Volke seinen Segen entzogen. In Wietracht und Haß hielten ihren Einzug. In tiefster Bekümmernis sehen Millionen bester deutscher Männer und Frauen aus allen Lebensständen die Einheit der Nation dahinsinken und sich auflösen in ein Gewirr politisch-egoistischer Meinungen, wirtschaftlicher Interessen und weltanschaulicher Gegensätze.“

Wie so oft in unserer Geschichte, bietet Deutschland seit diesem Tage der Revolution das Bild einer herzzerbrechenden Zerrissenheit. Die versprochene Gleichheit und Brüderlichkeit erhielten wir nicht, aber die Freiheit haben wir verloren. Denn dem Verfall der geistigen und willensmäßigen Einheit unseres Volkes im Innern folgte der Zerfall seiner politischen Stellung in der Welt.

Heiß durchdrungen von der Ueberzeugung, daß das deutsche Volk im Jahre 1914 in den großen Kampf zog, ohne jeden Gedanken an eine eigene Schuld und nur erfüllt von der Lust der Sorge, das angegriffene Reich, die Freiheit und die Existenz des deutschen Menschen zu verteidigen zu müssen, sehen wir in dem erschütternden Schicksal, das uns seit dem November 1918 verfolgt, nur das Ergebnis unseres in n e-

Alban Stolz

Zum 125. Geburtstag eines großen katholischen Volkschriftstellers am 3. Februar.

Alban Stolz! Kann man den noch lesen? Der ist doch altfränkisch, veraltet, langweilig! Randschal mußte ich diese Frage von gebildeten Katholiken hören. Auch mir war es lange nicht anders gegangen. Wohl war der süddeutsche Volksheld im Vaterhause kein Unbekannter gewesen; dann verlor ich ihn wieder näherste - aus sprachlichen Gründen - da war ich bald im Banne dieses großen Schriftstellers und Menschen, dieses großen Katholiken und Deutschen. Und wer, aufnahmefähig und urteilsfähig, Alban Stolz einmal kennengelernt hat, der gewinnt ihn lieb trotz all seinen Schwächen und seinen, nicht selten wunderlichen, Eigenschaften, den hält er fest und gefangen durch die prächtige Kraft und Fülle seiner Sprache, die Urwüchsigkeit und Selbstständigkeit seiner Gedanken, den erstaunlichen Reichtum seines Welt-, Lebens- und Naturwissens, den machtvollen Schwung und die Weite seiner Phantasie, aber auch durch seine mahnende Aufrichtigkeit und Herzhaftigkeit, seine tiefe Liebe zu dem Geschaffenen und dem Schöpfer, seine ergreifende Gottinnigkeit und Gottgläubigkeit.

Alban Stolz's Leben waren 75 Jahre (1808-1883). In diesem Zeitraum hat er schier Uebermenschliches geleistet, als Priester und Seelsorger, als Lehrer und Gelehrter, als Volksmann und Volkschriftsteller. Auf all diesen Gebieten hat er eine unermüdete, aufopferungsvolle, erfolgreiche Tätigkeit ausgeübt; aber sein größtes und dauerhaftes, sicherlich sein heute noch am ersten und am meisten sichtbares Werk ist seine schriftstellerische Wirksamkeit. In vielen Bänden liegt sie vor uns, noch immer von wunderbar werdender und wackerer Kraft. Denn das ist das Geheimnis seiner Schreibkunst, daß seine Schriften nicht veralten, auch wenn sie Tagesdingen ihren Ursprung verdanken, auch wenn sie sich mit Fragen beschäftigen, die uns heutigen gar keine Fragen mehr zu sein scheinen, daß sie noch immer von solcher Frische und Unmittelbarkeit sind, einen solchen Reichtum und eine solche Tiefe der Gedanken in sich bergen, daß sie uns immer wieder beschenken, erquicken, aufrechten und trösten. Nicht zeit- und ortgebunden sind die Schriften des Freiburger Kalendermannes, der nun schon ein halbes Jahrhundert in der stillen Kapelle Maria zum Troste seines badi'schen Heimatstädtchens Bühl ruht, sie sind wahrhaft Bücher „für Zeit und Ewigkeit“ geworden.

Eines seiner - allerdings bekanntesten und wertvollsten, doch auch ästhetischsten - Bücher will ich hier herausheben: „Spanisches für die gebildete Welt.“ Er sagt uns heute noch mehr über das spanische Land und Volk als viele Bände neuerzeitlicher Spanenreisender, wozu gleich der Verfasser nur wenige Wochen jenseits der Pyrenäen weilt. Das kommt daher, daß dieser ernste Mann alles unter höheren Gesichtspunkten, alles vom Blickpunkte der Ewigkeit aus betrachtete. Das Buch weist sich durch seinen Titel unmittelbar als eine Lesung für „Gebildete“ aus, aber Stolz mühte nicht vom Alemannensamme, von jenem Samme sein, der einen Gotthelf, einen Hebel, einen Hansjakob hervorgeredet hat, wenn er nicht durch und durch volkstümlich wäre. Das macht ja gerade den Reiz seines Stiles aus, daß sein Schreiber nach Herkunft und Entwicklung, nach Meinung und Wesen so volkstümlich ist. Und wenn irgendwo, gilt hier der Satz, daß der Stil der Mann ist, dieser Mann, voll heiligen Eifers, voll unerbittlicher Wahrheitsliebe und Straffheit, voll Feuer und Schwunghaftigkeit und wiederum voll Besinnlichkeit und schlichter Frömmigkeit. Wie bildhaft, wie treffend und doch wie glücklich schöpft er aus den Quellen der Volkssprache! Wie ist er doch - bei allem Urwuchs und aller Dürbheit - mit unbemerkter Kunst und Formacht reich begabt, so daß er - ganz abgesehen von Inhalt und Gehalt - auch formell wohl ersten Ansprüchen der „Gebildeten“ zu genügen vermag.

Noch immer gehen die Schriften von Alban Stolz von Freiburg aus zu Tausenden in das katholische Volk. In Gesamtausgaben, in Einzelbänden wie in schönen Auslefen, „Edelsteinen aus reicher Schatzkammer“. Der „gewaltigste katholische Volkschriftsteller deutscher Sprache“ war eben, wie sein Freund J. W. Hägele in seinem Buch „Alban Stolz nach authentischen Quellen“ sagt, „groß als Schriftsteller und noch größer als Mensch und Christ“.

Zum Alban-Stolz-Gedächtnisjahr 1933

Wenn wir in diesem Jahr, des 125. Geburtstages von Alban Stolz (3. Februar) und seines 60. Todesjages (18. Oktober) gedenken, dann sollte es uns nicht genügen, uns des wohl größten katholischen deutschen Volkschriftstellers im vorigen Jahrhundert zu freuen; sondern wir sollten seine Gedanken und Empfindungen auf uns wirken lassen. Wer sich die Bücher von Alban Stolz nicht kaufen kann, der tut gut, in der Borromäus-Bücherei seiner Pfarrgemeinde vorzusprechen und dort Bände von Alban Stolz zu entleihen; dann wird wohl

ren Zerfalls. Mein auch die übrige Welt wird seitdem nicht minder von großen Krisen durchdrückt. Das geschichtlich ausgewogene Gleichgewicht der Kräfte, das einst nicht wenig beitrug zum Verständnis für die Notwendigkeit einer inneren Solidarität der Nation, mit all den daraus resultierenden glücklichen wirtschaftlichen Folgen, ist beseitigt. Die Wahndee vom Sieger und Besiegten zerstört das Vertrauen von Nation zu Nation und damit auch die Wirtschaft der Welt.

Das Elend unseres Volkes aber ist entsetzlich! Dem arbeitslos gewordenen hungernden Millionen-Proletariat der Industrie folgt die Verelendung des gesamten Mittel- und Handwerkerstandes. Wenn sich dieser Zerfall auch im deutschen Bauern endgültig vollendet, stehen wir in einer Katastrophe von unübersehbarer Ausmaße. Denn nicht nur ein Reich zerfällt dann, sondern eine 2000jährige Erbmasse an hohen und höchsten Gütern menschlicher Kultur und Zivilisation.

Drohend länden die Erscheinungen

um uns den Vorkug dieses Zerfalls. In einem unerhörten Willens- und Gewaltesturm verliert die kommunistische Methode des Wahnsinns das in seinem Innersten erschütterte und entwurzelte Volk endgültig zu vergiften und zu zerlegen, um es einer Zeit entgegenzutreiben, die sich zu den Versprechungen der kommunistischen Wortführer von heute noch schliem er verhalten würde als die Zeit hinter uns zu den Versprechungen derselben Apostel im November 1918. Angefangen bei der Familie, über alle Begriffe von Ehre und Treue, Volk und Vaterland, Kultur und Wirtschaft hinweg, bis zum ewigen Fundament unserer Moral und unseres Glaubens, bleibt nichts verschont von dieser nur verneinenden, alles zerstörenden Idee.

14 Jahre Marxismus haben Deutschland ruiniert. Ein Jahr Bolschewismus würde Deutschland vernichten.

Die heute reichsten und schönsten Kulturgebiete der Welt wurden in ein Chaos und Trümmersfeld verwandelt. Selbst das Leid der letzten anderthalb Jahrzehnte könnte nicht verglichen werden mit dem Jammer eines Europas, in dessen Herzen die rote Fahne der Vernichtung aufgezogen würde. Die Tausende von Verletzten, die unzähligen Toten, die dieser innere Krieg schon heute Deutschland kostet, mögen ein Wetterleuchten sein der Warnung vor dem Sturm.

In diesen Stunden der übermächtig hereinbrechenden Sorgen um das Dasein und die Zukunft der deutschen Nation rief uns Männer nationaler Parteien und Verbände der große Führer des Weltkrieges auf, noch einmal wie einst an den Fronten, nunmehr in der Heimat in Einigkeit und Treue für des Reiches Rettung unter ihm zu kämpfen. Indem der ehrwürdige Herr Reichspräsident uns in diesem großherzigen Sinne die Hände zum gemeinsamen Bunde schloß, wußten wir als nationale Führer Volk, unserem Gewissen und unserem Volke geloben, die uns übertragene Mission als nationale Regierung entschlossen und beharrlich zu erfüllen.

Das Erbe, das wir übernehmen, ist ein furchtbares. Die Aufgabe, die wir lösen müssen, ist die schwerste, die seit

mander Leser zum Buchhändler gehen und sich Stolz'sche Schriften erwerben. Hören wir, wie die Leipziger „Illustrierte Zeitung“ über unsern Alban Stolz urteilt:

... Alban Stolz war ein Vertreter des ganzen katholischen Volkes, und zwar der besten Teile; denn selten hat es ein Volkschriftsteller so verstanden, mit festem Blick zu ergründen, was den weitesten Schichten der katholischen Bevölkerung not tat und auf dieselbe am nachhaltigsten wirken mußte, ebenso selten hat es ihm ein anderer in der Art und Weise, wie er den Volkston traf, gleichgetan. Ueberdies haben auch viele protestantische Kreise die Stolz'schen Volkskaleender gelesen.

Von den vielen Ausgaben der Stolz'schen Schriften sei die Volksausgabe in 10 Bänden und die „Gesammelten Werke“ in 20 Bänden (einschließlich Registerband) genannt; beide Ausgaben beim Herder'schen Verlag in Freiburg i. Br. - Schriften über ihn boten Hägele, Herz, Jul. Mayer u. a.; die neueste ist wohl die Studie des Jesuiten Franz Sulzhoff: „Alban Stolz in seiner Entwicklung als Schriftsteller“, Graz 1931. Band der von Prof. Dr. Wilh. Koch herausgegebenen Deutschen Quellen und Studien.

Al. Stolz über Görres. Merkwürdigerweise findet sich in den Büchern über Stolz selten ein Hinweis auf Görres, dessen Schriften er gut gekannt hat; stand er doch selbst bei Görres' Tode 1848 im 40. Lebensjahre; die kirchenpolitische Großtat von Görres: den „Athanasius“ (1837-1838) hat er also im Mannesalter erlebt und natürlich nicht nur diese. Stolz äußert sich verschiedentlich über Görres; in den „Witterungen der Seele“ sagt er: „Es scheint mir, daß nicht nur ein Schriftsteller, welcher arm an Gedanken ist, Armseliges bringt; auch der bringt wenigstens Unbrauchbares, der an Ueberfluß der Gedanken leidet und sie nicht zu ordnen, teilweise zu ignorieren weiß. Seine Produkte gleichen Kindern, welche mit Nahrung überflutet sind. Ein solcher Schriftsteller ist Jean Paul, Görres und besonders manche Franzosen.“ Diese offene, ehrliche Kritik gibt nun dem Lob, das er Görres spendet, um so größeres Gewicht; er spricht mehrfach von der tiefen Wirkung der Görres'schen Mystik und sagt im „Wetterleuchten“ (Jahrgang 1877 des „Kalenders für Zeit und Ewigkeit“) - ein Jahrgang, der in die großen Ausgaben nicht aufgenommen ist: „Einer der neuesten Philosophen, Schopenhauer, hat eine größere Abhandlung über Geisteserscheinungen geschrieben, worin er die Richtigkeit solcher vollständig anerkennt; Görres, einer der hervorragendsten Männer Deutschlands hat seine Ueberzeugung von solchen Umständen in dem großen Werk „Christliche Mystik“ dargelegt.“

Dr. Rob. Stein (Leipzig).

Menschenbedenken deutschen Staatsmannern gestellt wurde. Das Vertrauen in uns allen aber ist unbegrenzt, denn

wie glauben an unser Volk

und seine unvergänglichen Werte. Bauern, Arbeiter und Bürger, sie müssen gemeinsam die Bausteine liefern zum neuen Reich.

So wird es die nationale Regierung als ihre oberste und erste Aufgabe angehen, die

geistige und willensmäßige Einheit des Volkes wieder herzustellen. Sie wird die Fundamente wahren und verteidigen, auf denen die Kraft unserer Nation beruht. Sie wird das Christentum als Basis unserer gesamten Moral, die Familie als Keimzelle unseres Volkes und des Staatskörpers in ihren festen Schutz nehmen. Sie wird über Stände und Klassen hinweg unser Volk wieder zum Bewußtsein seiner völkischen und politischen Einheit und der daraus entspringenden Pflichten bringen. Sie will die Ehrfurcht vor unserer großen Vergangenheit, den Stolz auf unsere alten Traditionen zur Grundlage machen für die Erziehung der deutschen Jugend. Sie wird damit der geistigen, politischen und kulturellen Nihilisierung einen unbarmherzigen Krieg ansagen. Deutschland darf und wird nicht in anarchistischen Kommunismus versinken.

Sie wird an Stelle turbulenter Instinkte wieder die nationale Disziplin zum Regenten unseres Lebens erheben. Sie wird dabei all der Einrichtungen in höchster Sorgfalt gedenken, die die wahren Bürger der Kraft und Stärke unserer Nation sind.

II.

Die nationale Regierung will das große Werk der Reorganisation der Wirtschaft unseres Volkes mit **zwei großen vierjährigen Plänen**

lösen: Rettung des deutschen Bauern zur Erhaltung der Ernährungs- und damit der Lebensgrundlage der Nation. Rettung des deutschen Arbeiters durch einen gewaltigen und umfassenden Angriff gegen die Arbeitslosigkeit.

In 14 Jahren haben die Novemberparteien den deutschen Bauernstand ruiniert. In 14 Jahren haben sie eine Armee von Millionen Arbeitslosen geschaffen. Die nationale Regierung wird mit eiserner Entschlossenheit und zähester Ausdauer folgenden Plan verwirklichen:

Innerhalb vier Jahren muß der deutsche Bauer der Verelendung entzogen sein. Innerhalb vier Jahren muß die Arbeitslosigkeit endgültig überwunden sein.

Gleichlaufend damit ergeben sich die Voraussetzungen für das Aufblühen der übrigen Wirtschaft.

Mit dieser gigantischen Aufgabe der Sanierung unserer Wirtschaft wird die nationale Regierung verbinden die Aufgabe und Durchführung einer Sanierung des Reiches, der Länder und der Kommunen in verwaltungsmäßiger und steuerrechtlicher Hinsicht. Damit erst wird der Gedanke der übernatürlichen Erhaltung des Reiches blut- und lebensvolle Wirklichkeit. In den Grundpfeilern dieses Programms gehört der Gedanke der Arbeitsdienstpflicht und der Siedlungs-politik.

Die Sorge für das tägliche Brot wird aber ebenso die Sorge sein, für die Erfüllung der sozialen Pflichten bei Krankheit und Alter. In der Sparbarkeit ihrer Verwaltung, der Förderung der Arbeit, der Erhaltung unseres Bauerntums sowie der Ruhbarmachung der Initiativen des Einzelnen, liegt zugleich die beste Gewähr für das Bemeiden jeden Experimentes der Gefährdung unserer Währung.

III.

Nutzenpolitisch wird die nationale Regierung ihre höchste Mission in der Wahrung der Lebensrechte und damit der Wiedererringung der Freiheit unseres Volkes sehen. Indem sie entschlossen ist, den chaotischen Zuständen in Deutschland ein Ende zu bereiten, wird sie mithelfen, in die Gemeinschaft der übrigen Nationen einen Staat gleichen Wertes und damit allerdings auch gleicher Rechte einzufügen.

Sie ist dabei erfüllt von der Größe der Pflicht, mit diesem freien gleichberechtigten Volk für die Erhaltung und

Festigung des Friedens

einzutreten, dessen die Welt heute mehr bedarf als je zuvor. Möge auch das Verständnis all der anderen mithelfen, daß dieser unser aufrichtigster Wunsch zum Wohle Europas, ja der Welt, sich erfüllt. So atoh unsere Liebe zu unserem

Heer als Träger unserer Waffen und Symbol unserer großen Vergangenheit ist, so wären wir auch beglückt, wenn die Welt durch eine Beschränkung ihrer Rüstungen eine Vermehrung unserer eigenen Waffen niemals mehr erforderlich machen würde.

Soll aber Deutschland diesen politischen und wirtschaftlichen Wiederaufstieg erleben und seine Verpflichtungen den anderen Nationen gegenüber gewissenhaft erfüllen, dann steht dies eine entscheidende Tat voraus: die Überwindung der kommunistischen Zerfegung Deutschlands.

Wir Männer dieser Regierung fühlen uns vor der deutschen Geschichte verantwortlich für die Wiederherstellung eines geordneten Volkstörpers und damit für die endgültige Überwindung des Klassenwahnsinns und Klassenkampfes. Nicht einen Stand sehen wir, sondern das deutsche Volk, die Millionen seiner Bauern, Bürger und Arbeiter, die entweder gemeinsam die Sorgen dieser Zeit überwinden werden, oder ihnen sonst gemeinsam erliegen.

Entschlossen und getreu unserem Eide wollen wir damit angesichts der Unfähigkeit des derzeitigen Reichstages, diese Arbeit unterstützen, dem deutschen Volk selbst die Aufgabe stellen, die wir vertreten.

Der Reichspräsident, Generalfeldmarschall von Hindenburg, hat uns berufen mit dem Befehl, durch unsere Einmütigkeit der Nation die Möglichkeit des Wiederaufstieges zu bringen.

Wir appellieren deshalb nunmehr an das deutsche Volk, diesen Akt der Versöhnung selbst mitzuunterzeichnen.

Die Regierung der nationalen Erhebung will arbeiten, und sie wird arbeiten. Sie hat nicht 14 Jahre lang die deutsche Nation zugrunde gerichtet, sondern will sie wieder nach oben führen.

Sie ist entschlossen, in vier Jahren die Schuld von 14 Jahren wiedergutzumachen. Allein sie kann nicht die Arbeit des Wiederaufbaues der Genehmigung derer unterstellen, die den Zusammenbruch verschuldeten.

Die Parteien des Marxismus und seiner Mittläufer haben 14 Jahre lang Zeit gehabt, ihr Können zu beweisen. Das Ergebnis ist ein Trümmerfeld.

Nun, deutsches Volk, gib uns die Zeit von vier Jahren und dann urteile und richte uns!

Getreu dem Befehl des Generalfeldmarschalls wollen wir beginnen. Möge der allmächtige Gott unsere Arbeit in seine Gnade nehmen, unseren Willen recht gestalten, unsere Entschlossenheit und uns mit dem Vertrauen unseres Volkes beglücken. Denn wir wollen nicht kämpfen für uns, sondern für Deutschland!

gez. Adolf Hitler, von Papen, Freiherr von Neurath, Dr. Frick, Graf Schwerin von Krosigk, Dr. Hugenberg, Seidle, Dr. Götner, von Blomberg, Eiz von Rübenaeh, Goerring, Dr. Gerete.



Dr. Josef Goebbels,

der bekannte nationalsozialistische Redner, soll zur Belohnung für langjährige treue Dienste von Hitler zum Rundfunk-Kommissar im Reichsinnenministerium ernannt werden.



Auch ein „neuer“ Kopf

Staatssekretär a. D. Schmidt, früher Deutsche Volkspartei, jetzt deutschnational, soll Staatssekretär im Reichsinnenministerium werden.

Landwirtschaftsvertreter bei Hugenberg

Berlin, 2. Februar.

Dr. Hugenberg empfing in seiner Eigenschaft als Ernährungsminister den Präsidenten des Reichslandbundes, Graf Kalkreuth, und den Präsidenten des Deutschen Landwirtschaftsrates, Dr. Brandes. Die Verhandlungen betrafen das Ernährungsproblem und die zugunsten der Landwirtschaft beabsichtigten Hilfsmaßnahmen. In der Anwesenheit mit Präsident Brandes wurden insbesondere die zugunsten Ostpreußens und seiner Landwirtschaft zu treffenden Maßnahmen besprochen.

Reichsminister a. D. Frhr. von Braun verabschiedete sich von den Beamten, Angestellten und Arbeitern des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft.

Kleiner Irrtum

Die Einstellung der katholischen Kirche zum Nationalsozialismus unverändert!

Unter der Überschrift „Ein jahrelanges Unrecht an katholischen Nationalsozialisten beseitigt“, veröffentlichten der „Kleinanzeiger“ vom 25. Januar und der „Führer“ vom 26. Januar einen großformatigen Bericht über die Beerdigung eines katholischen SS-Mannes in Freiburg, aus deren Begleitumständen die beiden nationalsozialistischen Organe zum Zweck der parteipolitischen Propaganda einen Schluß zogen, der, wie von vornherein feststand und wie jetzt eine Verlautbarung des erzbischöflichen Ordinariats eindeutig beweist, ein vollkommen Trugschluß war. Der im Artikel im Hinblick auf den Freiburger Beerdigungsfall enthaltenen tendenziösen Unterstellung, als ob sich die Auffassung des Ordinariats über den Nationalsozialismus irgendwie geändert habe, tritt das erzbischöfliche Ordinariat Freiburg mit folgenden Feststellungen ausdrücklich entgegen:

„Der „Kleinanzeiger“, Folge 25 vom 25. Januar, schreibt zu der Beerdigung des Freiburger SS-Mannes Sch. vom 21. d. M. in Freiburg:

„Die katholische Kirche beseitigt endlich ein jahrelanges Unrecht an den katholischen Nationalsozialisten... In letzter Minute entschloß sich die kirchliche Behörde zum ersten Male, einen unserer Kameraden mit allen Ehren, die einem nationalsozialistischen Kämpfer zuteil werden, zu beerdigen.“

Wir sind ermächtigt, zu erklären, daß das erzbischöfliche Ordinariat Freiburg eine Entscheidung in diesem Beerdigungs-falle nicht getroffen hat. Eine Schlußfolgerung aus diesem Falle in dem Sinne, daß in der Stellungnahme der Freiburger Kirchenbehörde gegenüber dem Nationalsozialismus eine Veränderung einsetzt, ist daher unberechtigt.“

Es ist und bleibt so, die Grundlagen und Anschauungen des Nationalsozialismus sind mit der Lehre der katholischen Kirche unvereinbar. Das haben die deutschen Bischöfe als Hüter der katholischen Glaubenswahrheiten schon längst mutig ausgesprochen und die jetzt vorliegende Erklärung des Ordinariats ist nichts anderes als eine wegen der nationalsozialistischen Mißdeutungen notwendig gewordene Bestätigung dessen, was ist.

3. Sinfonie-Konzert der Dresdner Philharmonie

Es war ein musikalischer Feiertag, der auch ästhetisch ansprechbar ist, auf die Symphonie tragica von Felix Draesele und das Violinkonzert in D-Dur von Johannes Brahms einen Hindemith zu sehen. Wer für Hindemith schmerzt, soll sich keinen Zwang anlegen. Man soll aber derartige Programmverknüpfungen vermeiden, auch dann, wenn man tüchtigen Solisten — Willibald Roth (Violine), Josef Gauß (Bratsche), Richard Sturzenegger (Violoncello) — Gelegenheit zu virtuosem Konzentieren geben will. Hindemiths Philharmonisches Konzert bleibt letzten Endes doch nur eine neuschichtliche Angelegenheit, ohne innere Berührungsmomente auszulösen. Wie weitestfernt steht davon Draeseles Sinfonie! Das Werk eines ausgereifen, innerlich schärfenden, musikalisch tiefgründigen Meisters, der mit jedem Ton, mit jedem Gedanken den Zuhörer packt und fesselt. Eine Inspiration, wie sie nur großen Musikern zuteil wird. Man tut gut daran, den vor zwanzig Jahren verstorbenen Meister damit zu ehren! Zu einem zweiten Erlebnis gestaltete Gustav Havemann das Violinkonzert von Brahms. Weit entfernt von äußerlicher Virtuosität. Und doch ist Prof. Havemann ein Virtuos, aber mit feinfühler Tiefe erfüllt. Ein reifer, abgeklärter Künstler, dem das Ohr mit Bewunderung lauscht, dem aber das Herz des Zuhörers mit vollem Jubel entgegen schlägt. Und so schließt es nicht an Beweihrung. Werner Ludwig war den Werken ein feinsinniger Führer und sicherte sich so ein ausgezeichnetes Musikleben der Dresdner Philharmonie in vollem Umfang.

ner, Arthur Lohs und Erna Kaufmann schlossen sich dem Gesamtspiel, bei dem auch die Chöre nicht vergessen werden dürfen, aufs beste an. Sichere Grundlage gaben der Vorstellung die umfängliche, geschickte und musikalisch vertiefte Leitung von Felix Betrengs und die lebensvolle Spielleitung durch Curt von Kedingner. Ein leider Beifall war Lohn für emsige Arbeit und Mühe.

Clare Bug, die nächsten Dienstag, 7. Februar, 8 Uhr im Opernhaus im 3. Meißner-Konzert der Konzertdirektion F. Ries singt, hat vor kurzem in Köln und Leipzig sabelhaften Erfolg errungen. Die Meißlerin des Liedes bringt in ihrem heutigen Konzert wieder von Mozart, Schubert, E. J. Wolff sowie folgende Arien zum Vortrag: Arie der Susanne aus „Figaros Hochzeit“ von Mozart — Puccini: Cabaletta aus „Tosca“ — Arie der Mimi aus „Böheme“ — Arie der Ragda aus „La Rondina“ — Verdi: Arie aus „Ernani“. — Am Beschlus-Akt begleitet Bruno Seidler-Winkler. — Karten bei F. Ries, Seest. 21.



Prof. Dr. Theodor Viet,

herorragender Altphilologe, lange Dozent an der Universität Marburg, Verfasser populärer, vielgelesener Bücher über die Antike, ist im Alter von 81 Jahren gestorben.

Leipzig, 4. Kammermusik des Gewandhauses. Sie gestaltete sich zu einem Scheldeguck an den bisherigen Direktor des Landeshonorsoratoriums und geleiteten Meister am Klavier: Max Bauer. Er geht wieder nach Stuttgart... Ihm liegt vor allem Beethoven. Seine Auffassung der auch kürzlich von Ely Reg gespielten Sonate (Werk 31 — D-Moll) umschreibt Beethovens Kennwort: „Kraft ist die Moral des Mannes, der sich auszeichnen will“. Ely Reg nahm dieses Werk innerlicher, feiner, besonders das Schmetterlings-thema des Schlusssatzes. Soll aber jedem sein Recht bleiben... Im Schubert'schen „Korallenquintett“ — er entnahm das Thema zu den Wandlungen (Variationen) seinem herrlichen Liebes „Die Koralle“ — gab es ein köstliches Zusammenpiel. Nur ließ sich der Meister am Klavier an nicht wenigen Stellen den Klangduft eines künstlerisch gehaltenen Pedalspiels entgehen. Noch dazu an Stellen, die die ganze Resonanzvergrößerung geradezu herausfordern... Das Prinzip musikalischer Strenge ist bei dem eleganten Schubert nicht immer angebracht. Als Hinweis auf den 100. Geburtstag von Johannes Brahms (* 7. Mai 1833) spielte das künstlerisch hochwertige Streichquartett (Wolfgang, Wolschke, Herrmann und Münch-Holland — mit Violinist Max Schulz) das Quartett W. 51 (C-Moll). Wohlthuend berührte die Sorgfalt mit der die lyrischen Stellen dieses mitunter schwer zugänglichsten Werkes herausgehoben wurden. Brahms hat mit seinem großen Zeitgenossen Bruchner das eine gemeinsam, daß er — wie Bruchner in seinem Streich-Quintett — mitunter sich im Orchester etwas verliert. Selbe werden ihre Neigung zur Symphonie nicht los. Die feine, klare Linie der Mozartschen und Schubertschen Melodik will schon gesagt sein... Der „Kleine Saal“, bis auf den letzten Stuhlplatz besetzt, bezugte durch den weitschallenden brausenden Beifall beim Erscheinen Bauers, wie ungerne die Leipziger den neuen lassen, für den sie vordem nicht zulassende künstlerische Beachtung übrig hatten. Leipzig ist um einen großen Künstler von Belang ärmer. Wir hoffen sehr, ihn zur gegebenen Zeit wieder zu hören... Dr. Hugo Böhm.

Leipzig, Im Kaufmannsaal trat Elena Gerhardt mit einem Brahmsliedabend vor die Öffentlichkeit. Wiederum bewies die Künstlerin ihre hohe geistig-künstlerische Gestaltungsfähigkeit, die den Abend zu einem Erlebnis werden ließ. Nur schade, daß eine unausgesprochene Technik, die auch das sehr tragfähige, schöne Piano nicht vergessen machen konnte, den ungehörten Genuß beeinträchtigte. — Auswärtiger Beifall dankte der Sängerin. Conrad v. Bos erwies sich wie immer als idealer Begleiter.

Nachrichten

„Eine starke Annäherung“

Die Fachleute zerbrechen sich die Köpfe darüber, wie denn künftig die Wirtschaftspolitik aussehen wird, der sowohl Hugenberg wie Hitler — der Kapitalist und der nationale Sozialist — ihre Zustimmung geben können.

Die Mitwirkung Papens an einem Kabinett Hitler scheint doch anzudeuten, daß zwischen diesen Persönlichkeiten bzw. ihren Zielen eine starke Annäherung stattgefunden hat, denn keine andere Regierung hatte bisher so stark die private Initiative des Unternehmers als Träger einer besseren wirtschaftlichen Zukunft anerkannt als die des Herrn von Papen.

Also: Der „Sozialismus“ Hitlers soll zugunsten der privatwirtschaftlichen Tendenzen der Herren Hugenberg und Papen in der Verfertigung verschwinden. Unter solchen Umständen ist es begreiflich, daß die Nationalsozialisten im Reich und in Preußen Neuwahlen herbeiführen möchten, ehe die Wähler merken, was gespielt wird...

Ueberrüssige Erklärung

Der Londoner „Evening Standard“ bringt auf der Titelseite eine offizielle Erklärung aus Doorn, worin im Namen des ehemaligen Kaisers in Abrede gestellt wird, daß dieser gegenwärtig die Absicht habe, Doorn zu verlassen.

Der letzte Satz ist wirklich übersüssig. Daß es in Deutschland genügend Begeisterte gibt, die für einen solchen Zweck gern ein Auto zur Verfügung stellen würden, ist bekannt. Wozu also erst ins Kaufen? — Im übrigen scheint man in England der Person des vormaligen regierenden Kaisers noch mehr Bedeutung zuzumessen als in Deutschland.

Wer hat nun recht?

Goebbels „Angriff“ will von zuständiger Stelle erfahren haben, daß die Regierung mit den allerschärfsten Maßnahmen gegen die KPD. vorgehen will. Der „Angriff“ sagt hierzu: „Deutschland soll endlich gereinigt werden von der Blutpest der Moskauer Fremdenlegion.“

Sehr schön. Nach den früheren Erklärungen der NSDAP. war etwas anderes an sich auch nicht zu erwarten. Nur: Wie reimt sich diese Behauptung des „Angriff“ zusammen mit der Erklärung Friedls vor den ausländischen Pressevertretern in Berlin, daß Sondermaßnahmen gegen die KPD. nicht zu erwarten seien? Wer hat nun recht — Friedl oder Goebbels?

Neuer Programmbeirat bei der Mitteldeutschen Rundfunk A.G. Das sächsische Ministerium für Volksbildung hat im Einvernehmen mit dem Reichsminister für den inneren und den beteiligten Landesregierungen für die Mitteldeutsche Rundfunk A.G. in Leipzig den in der Neuorganisation des Rundfunkwesens vorgesehenen Programmbeirat ernannt.

Der Wahlkampf beginnt!

Landesvorstand der G.P.P. tagt

Der Landesvorstand der Sächsischen Zentrumsparlei tritt am Sonntag, 5. Februar, nachmittags 3 Uhr im Bahnhof Dresden-Neustadt, Damenzimmer, zusammen.

Zur Teilnahme an der Sitzung sind nur die Mitglieder des erweiterten Landesvorstandes berechtigt, außerdem die Vorsitzenden aller Ortsgruppen.

Die Ortsgruppen der G.P.P.

werden gebeten, sofort Vorbereitungen für Wahlversammlungen in der üblichen Weise zu treffen.

Die Landesparlei wird auch vor dieser Wahl ein allgemeines Flugblatt herausgeben, Angabe der benötigten Stückzahl sofort an das Sekretariat der Sächsischen Zentrumsparlei, Dresden, Volkerstr. 17, erbeten.

Am Sonntag, 12. Februar sollen möglichst in allen Bezirken Bezirksversammlungen stattfinden. Die Bezirksvorsitzenden werden gebeten, dafür die notwendigen Vorbereitungen zu treffen, die Ortsgruppen-Vorsitzenden, sich diesen Sonntag für die Bezirks-Versammlung freizuhalten.

Partei-Versammlungen

Dresden: Montag, 6. Februar, 20 Uhr, Aussprache. Abend für Jungwählerinnen. Thema: „Quadragesimo anno“ (Leitung: Frau Bibliothekar Dultmann).

Dresden: Mittwoch, 8. Februar, 20 Uhr, Aussprache. Abend für Jungwähler. Thema: „Autarkie und Weltwirtschaft“. Leitung: Dr. Deszczak.

Werdau: Mittwoch, 8. Februar, 20 Uhr, Zentrumsversammlung. Redner: Pfarrer Kirisch.

Döbeln: Donnerstag, 9. Februar, 20 Uhr, Zentrumsversammlung. Redner: Pfarrer Kirisch.

Dresden-Lößtau: Donnerstag, 14. Februar, 20 Uhr, Ratshaus. Wahlversammlung. Redner: Pfarrer L. Kirisch.

Dresden-Neustadt: Freitag, 17. Februar, 20 Uhr, Neustädter Löwenbräu, Königsbrüder Straße. Wahlversammlung. Redner: Pfarrer L. Kirisch.

Markneukirchen: Montag, 20. Februar, 20 Uhr, Pfarrhaussaal, Wahlversammlung. Redner: Pfarrer L. Kirisch.

Dresden und Umgebung

Geschäftslage im Handelskammerbezirk Dresden

Dresden. Nach dem Berichte der Industrie- und Handelskammer Dresden für Januar 1933 hat sich die Geschäftslage in der Maschinen- und Metallindustrie nicht verändert. Die Sägewerksindustrie liegt immer noch größtenteils still. Die Möbel- und Stuhlindustrie klagt über sehr schlechte Beschäftigung und zunehmenden Schleudermittelwettbewerb.

Aufruf der Christlichen Arbeiterhilfe

Nach einmal wendet sich der Vorstand des Ortsausschusses im Rahmen der Winterhilfsarbeit 1932/33 an die Dresdner Bevölkerung mit der dringenden Bitte, bei der Straßen- und Hausammlung vom 3. bis 5. Februar 1933 den Sammlern der Christlichen Arbeiterhilfe Gehör zu schenken.

Straße 38, 1., direkt abgegeben werden oder werden auf Wunsch abgeholt (Telephon 56124). Für finanzielle Spenden steht das Postfachkonto des Ortsausschusses Dresden Nr. 23999 zur Verfügung.

Noch kein Antrag auf Landtagsauflösung

Von nationalsozialistischer Seite ist ein Antrag auf Landtagsauflösung angekündigt worden. Wie wir erfahren, war bis zum Abend des gestrigen Mittwoch ein solcher Antrag in der Landtagskanzlei noch nicht eingegangen.

Der neue Uralzess-Prozess

Wie wir erfahren, beginnt der neue Dresdner Uralzess-Prozess vor dem Dresdner Landgericht am 2. März. Er richtet sich gegen die Rechtsanwälte Dr. Türk in Dresden und Notar Dr. Steinmeyer-Kassel, die bekanntlich im Sommer 1931 im ersten Uralzess-Prozess zu 8 bzw. 6 Monaten Gefängnis wegen Betrugs und Untreue bzw. nur wegen Betrugs verurteilt worden waren.

Ernennung

Wie wir erfahren, ist Regierungsrat Dr. Blauert als Nachfolger des in den Ruhestand tretenden Professors Dr. Zuchs zum Direktor des Stenographischen Landesamtes mit Wirkung vom 1. Mai ernannt worden. Regierungsrat Dr. Blauert ist 1885 in Dresden als Sohn eines Architekten geboren.

Die Töchter des alten Bracht

Von Gertrude von Winterfeld-Piaten

(Nachdruck verboten) (4. Fortsetzung)

„Aber selbstverständlich, Eva. Das tun wir doch alle furchtbar gern. Wir müssen nur rauschlagen, wie?“ Und Hopps schüttelte ihr rotbackiges Gesicht sinnend in beide Hände.

„Ja“, sagte Eva-Maria und faltete die Hände aufatmend im Schoß, „ich habe mir das so gedacht: Wozu bin ich auf der Frauenschule gewesen und habe da den Haushalt und die Wirtschaft gelernt? Es ist wirklich ganz übersüssig, daß wir uns die teure Wamsell hier halten.“

„Aber Eva!“ rief zweifelnd Moni und hob entsetzt die Hände — „das willst du ganz allein tun? Und wenn man immer am Herd steht und die alten Kochtöpfe ansieht, bekommt man schwarze Hände.“

„Die kann man ja wieder waschen. Ich habe schon oft darüber nachgedacht, wozu wir hier alle drei eigentlich zu Hause sitzen und so wenig tun.“

„Eva hat recht“, nickte Hopps, — „und ich finde es eine feine Idee, daß wir unsern Vätern helfen können. Da wollen wir nur gleich dem Gärtner auch kündigen. Laßte bitte nicht, Eva, aber es ist mein voller Ernst. Wozu bin ich auf einer Gartenbauhsule gewesen? Ich will es wohl übernehmen, wenn Vater mir für die größte Arbeit eine Hilfskraft gibt.“

„Und ich besorge dann das Geflügel ganz allein, ohne Mädchen. Es war ja schon von jeher mein Schönstes. Ich hab' ja auch voriges Jahr auf der Geflügelstarm tüchtig mitmachen müssen.“

„Gut“, nickte Eva. „Da spart Vater also schon drei Leute. Aber ihr müßt es ernst nehmen, Moni und Hopps. Nicht nur so als vorübergehende Spielerei! Es geht um unsern Weibchen auf Frieden. Vater fürchtet sonst, daß wir verkaufen müssen.“

Moni und Hopps sahen sich an. Große Tränen stiegen langsam in ihre Augen. „Frieden verkaufen? Aber das war ja einfach undenkbar! Waren sie nicht alle hier geboren und aufgewachsen? Konnte man sich ein Leben ohne Frieden überhaupt denken?“

„Ihr müßt jeden Tag pünktlich und zeitig aufstehen und eure Pflicht tun, als würdet ihr bei fremden Leuten bezahlt. Bis 8 Uhr morgens schlafen gibt es dann nicht mehr.“ Eva hatte es fast streng gesagt.

„Das ist selbstverständlich“, sagte Hopps mit einer wegwerfenden Handbewegung. „Denn wenn wir Frieden verkaufen und in die Stadt zögen, so müßten wir alle drei wahrscheinlich unser Brot bei fremden Leuten verdienen, wie es ja so viele aus unseren Kreisen jetzt tun. Da ist es schöner, für die Heimat arbeiten zu dürfen. Und wenn es auch schwer arbeiten heißt.“

Moni hatte ihren feinen Kopf ein klein wenig auf die Seite gelegt. „Ob wir es auch aushalten werden?“

„Schlappschwanz!“ schrie Hopps und sprang lächelnd vom Fensterbrett, daß ein Blumentopf umfiel.

„Wir werden schon durchhalten, wir im Dreimädels-Haus! Nur wenn die Eva heiratet, wie wird es dann?“

„Petrus kann ja auch locken, glaube ich“, warf Moni küchleren ein.

Eva-Maria war aufgestanden aus ihrem tiefen, gebümmten Sessel und ging im Zimmer auf und ab. Sie schien sehr nachzudenken, denn ihre Stirn war in tiefen Falten.

„Es ist das alles aber noch nicht genug, Kinder. Wir müssen eine neue Einnahmequelle haben, damit Vater der Haushalt überhaupt nichts kostet.“

Hopps schlug in beide Hände. „Aber Eva, Geld sollen wir auch noch verdienen? Wie sollen wir das wohl ansorgen? Wir werden so schon den ganzen Tag vollauf zu tun haben.“

„Doch“, nickte Moni, „ich kann mit dem Bräutchen soviel Rüden schaffen, daß wir noch verkaufen können. Und wo Berthelm so nahe ist, kannst du mit Obst und Gemüse aus deinem Garten handeln, Hopps.“

„Hä, hott! Dann ziehe ich alle Wochen mit meinem Wäglein zur Stadt und biete Friederich Erzeugnisse auf dem Marktplay feil. Und Hubert Eichen, mein teurer Schwager, kauft dann immer keine Kableschen bei mir.“

„Ach Hopps, müßt du immer gleich albern sein? Man kann wirklich kein vernünftiges Wort mit dir reden. Nein, ich habe noch an etwas anderes gedacht, wenn Vater damit einverstanden ist.“

„O Eva, da bin ich aber neugierig!“ Und Moni streckte den Kopf weit vor, als ob sie dann besser hören könnte. Hopps hatte sich in den Arm der Schwester geballt und sah ihr gespannt in die Augen.

„Wir werden eine Anzeige in eine Berliner Zeitung legen und zahlende Sommergäste aufnehmen. Das soll viel einbringen.“

„Eva! Bist du verrückt geworden? Wildfremde Leute in unseren Stuben? Zwischen unseren Sachen?“

„Und Moni schüttelte entsetzt den dunklen Kopf.“

„Warum nicht, Moni? Sieh' mal, das tun jetzt so viele. Und man braucht ja nicht jeden aufzunehmen. Man kann sich ja seine Leute aussuchen.“

Hopps fiel der Schwester um den Hals. „O Eva, du bist ein Genie! Das wird ja ein Hauptspäß! Denk doch nur, was wir da für ein verdrehtes Volk beieinander haben werden! Ich liebe sie schon ordentlich vor mir. Lauter Großstädter, die keinen Obstbaum von einer Tanne unterscheiden können.“

„Ach Hopps, daß du auch niemals ernst und vernünftig bleibst kannst! Jetzt kommt es doch vor allem nur darauf an, wie wir Vater helfen können. Wir müssen das alles in Ruhe mit ihm und Tante Petrine überlegen. Sie werden beide zuerst wohl etwas ablehnend sein.“ Moni nickte.

„Ich glaube, Petrus wird sich da ganz und gar nicht hineinfinden können. Sie ist noch zu sehr aus der guten, alten Zeit und nimmt leicht Anstoß an allem, das anders ist als früher.“

Eva-Maria ging zur Tür. „Ich muß jetzt nach unten, Kinder. Also, bitte, schweigst vorläufig noch über alles. Morgen will ich mit Vater darüber reden.“

Sie nickte den beiden zu und eilte nach unten. Hopps reichte die Arme und gähnte.

„Also dann heißt's jetzt tüchtig fleißig sein und immer schrecklich früh aufstehen! Na, ich will mir Mühe geben und mein Möglichstes tun.“

Moni war ans Fenster getreten und sah hinaus. (Fortsetzung folgt)

Sächsischen Stenographischen Landesamt. Früh widmete er sich der Kurzschriftbewegung, wurde 1921 Vorsitzender des Sächsischen und 1925 Vorsitzender des Deutschen Stenographenbundes.

Dresden-Friedrichstadt (St. Michael, Friedrichstr. 50) Freitag, den 3. Februar (Herz-Jesu-Freitag) 13 stündiges Gebet. Früh 7 Uhr heilige Messe mit Aussegnung, abends 7 Uhr Schlussandacht.

Friede im Dresdner Zoo. Der Aktienverein Zoologischer Garten in Dresden hielt am Mittwoch eine außerordentliche Hauptversammlung ab, da bekanntlich die Aufsichtsratswahl, die im April 1932 vorgenommen worden war, vom Landgericht Dresden für nichtig erklärt worden war. Nachdem inzwischen eine Einigung mit der oppositionellen Gruppe Mühlberg zustande gekommen ist, verlief die gestrige Hauptversammlung glatt. Man wählte neu bzw. wieder in den Aufsichtsrat als Vertreter der Stadtverordneten den Rittergutspächter Vennewitz, als Vertreter des Stadtrats die Stadträte Barthel, Beck, Dieß, Müller (gleichzeitig Ratsherr), ferner Konsul Adolf Arnold, Geh. Rat Dr. Dehne, Pfarrer Föhler, Fabrikdirektor Konrad Mühlberg, Kaufmann Müller, Hofrat Peters und Generaldirektor Dr. Sommer. Der Aufsichtsrat wählte zum Vorsitzenden Geheimrat Dr. Dehne und zu seinem Stellvertreter Stadtrat Müller.

Aus der Unfallchronik. Am Dienstag abend stürzte Ecke Schanauer und Schlüterstraße ein 19-jähriges Mädchen vom Perron eines Straßenbahnwagens auf die Straße und wurde ein Stück mitgeschleift. Es mußte mit erheblichen inneren Verletzungen dem Carolinrankenhaus zugeführt werden. — Auf dem Altmarkt verfuhr am Dienstag abend ein 39-jähriger Stellmacher aus Verbisdorf, auf eine fahrende Straßenbahn aufzuspringen. Er rutschte ab und zog sich so erhebliche Verletzungen an Kopf, Armen und Beinen zu, daß er im Krankenhaus Aufnahme finden mußte. — Auf der Kronprinzenstraße wurde am Dienstagabend ein 56-jähriger Arbeiter von einem Straßenbahnwagen umgefahren. Schwer verletzt mußte seine Ueberführung ins Krankenhaus erfolgen.

Weißen. Diamantene Hochzeit. Am Donnerstag können in Semmelsberg der Privatmann August Rubel und seine Gattin das Fest der diamantenen Hochzeit feiern. Die Ehejubilare stehen im Alter von 84 bzw. 82 Jahren und erfreuen sich noch guter Gesundheit.

Stadtbund Dresdner Frauenvereine. Die Vorsitzende des Bundes Deutscher Frauenvereine Frau Dr. Agnes von Zahn-Barnack spricht am Sonnabend, 4. Februar, 19.30 Uhr im Saale der Weißen Schleife, Winkelmannstr. 4, über das Thema „Junge Generation und Frauenbewegung“.

Der Autobus für katholische Schiffrer fährt Sonntag, den 5. Februar, nach Oberpöbel. Abfahrt nach der 6-Uhr-Messe ab Hofstraße. Fahrpreis 2,30 M. Fahrkarten können bis Freitag in der Buchhandlung Beck, Neumarkt 12, entnommen werden. Einmalige telefonische Anfragen unter Nr. 28 407 (Kath. Filiale) in der Zeit von 10—12 und 2—5 Uhr täglich, sonst unbestimmt. Der Schiffrer unter Anleitung von Herrn Lehrer Sebba und Frä. Rachel wird fortgeführt. Kursbeitrag 50 Pf. — Sollte Sonntag kein Sportwetter im Gebirge sein, wird der bereits entrichtete Fahrpreis zurückgezahlt oder auf eine spätere Fahrt angerechnet.

Arbeitsbeschaffung in Freital. Der Rat stimmte in seiner letzten Sitzung den zur Vorbereitung der Arbeiten innerhalb des Reichsarbeitsbeschaffungsplans getroffenen Maßnahmen zu. Danach können aus dem Sofortprogramm 180 000 RM für Straßenbau, Beschleunigung und Wasserleitungsarbeiten sowie für Instandsetzung von Schulen und Krankenanstalten angefordert werden.

Kampfergebnisse vom 1. Februar im Zirkus Sarrasani. Den gestrigen Abend leitete der Kampf Krumin—Kawan ein, der unentschieden endete. In kurzem Kampf besiegte Prochaska den Münchener Fild. Ein Unentschieden brachte ebenfalls der Kampf Barotha—M. Köhler. Der Raumburger Opitz unterlag dem Holländer van Niel. Meyer mußte sich eine Niederlage durch Kawan-Berlin gefallen lassen.

Die heutigen Paarungen sind: van Niel-Amsterdam gegen Peterson-Ellsland, Meyerhans-Dortmund gegen den starken Tiroler Prochaska. Es gibt außerdem 2 Entscheidungskämpfe, und zwar kämpft der „beliebte“ Ungar Czaja mit dem

Chemnitz, Zwickau, Plauen

Die zehn Gebote in der Großstadt Vortragsreihe in der Chemnitzer katholischen Volkshochschule.

Die katholische Volkshochschule in Chemnitz setzte im neuen Jahre ihre Vortragsreihe mit einem Zyklus von Vorträgen fort, in denen Pfarrer Dr. Speitzmann über das äußerst zeitgemäße Thema sprach: Die zehn Gebote in der Großstadt. Während der Vorträge in seinem ersten Vorlesungsabend zu dem Ergebnis kam, daß es bei einem flüchtigen Ueberprüfen der augenblicklichen geistigen Situation in unseren Großstädten den Anschein habe, als seien die zehn Gebote erledigt, untersuchte er in dem zweiten Vortrag die Frage, ob die moderne Menschheit aber auch gut damit tue, sich den Einflüssen dieser Gottesgebote zu entziehen und wies schließlich am letzten Abende seiner Vorlesungen in eingehender gründlicher Beweisführung nach, daß die zehn Gebote nicht willkürliche Bindungen für den Menschen bedeuten, sondern, daß sie aus rein natürlichen Notwendigkeiten heraus wirkliche Grund- und Ecksteine der menschlichen Gesellschaft sind und so ohne weiteres dem sittlichen Empfinden des normal veranlagten Menschen entsprechen.

Die Kunst zur Zeit Dantes

Vortrag im Chemnitzer Verein katholischer Akademiker.

Nachdem bereits im Vorjahre Rechtsanwalt Rothe, als Danteforscher und Danteverehrer bekannt und geschätzt, in zwei größeren Vorträgen in das Werk Dantes eingeführt hatte, sprach in der letzten Versammlung der katholischen Akademiker Archivar Dr. Müller über die kunstgeschichtliche Situation während der danteschen Zeit. Der Vortragende ging davon aus, daß er zunächst einmal die deutsche Kunst des ausgehenden dreizehnten Jahrhunderts aufzeigte: die aus dem Romanischen heraus entwickelte Kunstform des Gotischen; jene hochqualifizierte Form des Kunstschaffens, die keine Malerei, aber desto mehr Plastik kannte. Während also die nordische Baugesinnung bereits über den romanischen Typ hinausgewachsen war, stand die italienische Kunst derselben Zeit noch ganz im Zeichen des Romanischen; erst ganz allmählich bahnten sich hier gotische Einflüsse an. Die Malerei wurde bevorzugt. Der italienische Meister Pisano hält sich ganz an antike Vorbilder. Das Göttliche in der Kunst dominiert noch vollkommen. Der Mensch tritt ganz zurück. Während der Zeit Dantes steht die Malerei in höchster Blüte. In der „Göttlichen Komödie“

brillanten Wiener Franz Kawan; ebenfalls im Entscheidungskampf treffen sich der starke Rheinländer Küpper und der Ungar Barotha.

Dresdner Lichtspiele

U. Z. „Das Geheimnis um Johann Orth.“ Dieser Film zeigt das tragische Zerbrechen des Lebensideals des Johann Saluator, Erzherzog von Oesterreich, alias Johann Orth, der im Jahre 1890 von einer Fahrt nach Buenos Aires nicht mehr zurückkehrte. — Die Tragik dieses Sabsburgers in seinem Leben war es, daß er mit seinen selbständigen, freigestellten Ideen immer den Absichten des Hofes zuwiderlief. Seine Schrift „Drill oder Erziehung?“ brachte ihm eine Stellung durch Festungshaft in Linz, fern von Wien. Sein Streben nach der bulgarischen Königskrone sollte ihn gar um alles bringen, was feilher sein Leben ausmachte: Rang und Würde, Reichtum und Einfluß. Aber was dieses herbe Mißgeschick erst tragisch machte, ist, daß Johann Saluator es selbst verwarf. Und gegen die lebende Wittwe der Fürstin Kotschowsky betraute er sich selbst des Mittels, das ihm die Erfüllung seines und seiner jugendlichen Freunde Traumes gebracht hätte. Diesen unglücklichen Sabsburger, der sich durch sein selbständiges Denken, seinen Mut und Entschlossenheit so ganz von seiner Umgebung abhebt, gibt Karl Ludwig Diehl meisterhaft wieder. Eine virtuose spielerische Leistung ist die Darstellung des Fürsten Kotschowsky durch Paul Wegener, des russischen Volschosters in Wien, dessen diplomatische Schläue nur durch die Liebe seiner Frau (Ellen Richter) vorübergehend Schaden zu erleiden droht. Weiter spielen mit: Gretl Theimer als Milly Stabel, Paul Hörbiger als Leibjäger des Erzherzogs u. a.

musikalischen Darbietungen umrahmten Feier stand eine Festansprache des derzeitigen Obermeisters Vitalis, der einen Rückblick auf die Entwicklung des Schneiderhandwerks seit dem Jahr 1892 gab.

Leipzig und Umgegend

Aufhebung des Demonstrationsverbots. Vom Polizeipräsidium wird mitgeteilt: Das für die Kommunistische Partei und die ihr angeschlossenen Organisationen am Sonnabend erlassene allgemeine Verbot von Veranstaltungen unter freiem Himmel ist aufgehoben worden, nachdem die Saalveranstaltungen, die sich mit dem Dresdner Vorfall beschäftigten, ohne Störungen verlaufen sind. — Das Polizeipräsidium weist darauf hin, daß, sobald die Demonstrationsfreiheit zu erheblichen Ordnungsstörungen, insbesondere zu Gewalttätigkeiten gegen Andersdenkende, ausgenützt werden sollte, mit erneuten polizeilichen Maßnahmen zu rechnen ist.

Leipzig. Todesprung aus dem Fenster. Im Hause Eisenstraße 65 sprang die dort wohnhafte Ehefrau Martha Ufer aus einem Fenster ihrer im vierten Stockwerk liegenden Wohnung auf die Straße. Ein von Passanten herbeigerufener Arzt konnte nur noch den Tod der Frau feststellen.

Leipzig. Auf dem Bürgersteig umgefahren. Der 19 Jahre alte Angestellte Kaphengst wurde in der Bürgersteig Straße von einem Lieferkraftwagen, der auf den Bürgersteig geriet, erfasst und in die Schaufenster Scheibe eines Kaufhauses geschleudert. Der junge Mann mußte mit einer schweren Verletzung ins Krankenhaus gebracht werden.

Gottesdienst-Nachrichten

Pfarrbezirk Aue (Kernstr. 167). Sonnabend, 4. Februar: 19 bis 21 Uhr fremder Beichtvater. Sonntag 7.30 Uhr Beicht, 9.10 Messe, Kommunion der Männer, Gefellen, Jungmänner und Jungmädchen und St. Mariuslegen. 11 Uhr Messe, Pred. und Halslegen in Schneeberg, Karlsbader Str. 3. 15.30 Andacht. 18 Uhr Rath. Gemeindeverein Lauter in der „Deutschen Ecke“. Montag 15.30 Andacht und Nahlunde. 20 Uhr Gefellenverein. Mittwoch 19 Uhr Jungmädchenverein im Pfarrhaus. Werktags Messe 8 Uhr.

spricht Dante von den beiden damaligen bedeutendsten italienischen Künstlern, von Cimabua und Giotto. Einen großen Einfluß auf die Kunst dieser Tage hat auch die franziskanische Bewegung. Um 1310 herum bahnen sich neue Einflüsse an. Die Mystik bringt die Gefahr einer zu starken Subjektivierung mit sich. Und schließlich tritt in die strenge Form der bisherigen Kunstauffassung ein neues Moment: die Weite der Welt wird im künstlerischen Werk mehr und mehr spürbar. Der Mensch tritt, im Gegensatz zu früher, gleichberechtigt auf; auch die Natur wird wichtig. Die Renaissance wirft ihre Schatten voraus.

An die überaus instruktiven Darlegungen Dr. Müllers, die durch viele gute Lichtbilder unterstützt wurden, schloß sich noch eine Aussprache an, in der vor allem Rechtsanwalt Rothe aus seiner persönlichen Kenntnis italienischer Kunst heraus, die Ausführungen des Vortragenden in ihren wesentlichen Punkten unterstrich.

Aus der Chemnitzer Ratsführung. In der letzten Ratsführung verabschiedete Oberbürgermeister Arlart die nach Ablauf ihrer Wahlzeit auscheidenden sieben ehrenamtlichen Stadträte. Der Rat beschloß sodann, gegen den Stadtverordnetenbeschuß auf Rückgängigmachung der weiteren Lockerung der Wohnungszwangswirtschaft Einspruch zu erheben, da nach der Verordnung über die Lockerung der Wohnungszwangswirtschaft vom 25. Februar 1932 die Gemeindebehörde allein zu beschließen hat und als solche der Stadtrat gilt.

Chemnitz. Belohnter Lebensretter. Die Kreishauptmannschaft Chemnitz hat den Buchhalter Alfred Dost in Reichenhain, der am 2. Januar am Neumühlenteich ein Kind vom Tode des Ertrinkens gerettet hat, ihre Anerkennung ausgesprochen und ihm für seine mutige Tat eine Geldbelohnung bewilligt.

Chemnitz. Rheinischer Heimatabend und rheinische Ausstellung. Im Rahmen der Heimatabende des Städtischen Volksbildungsausschusses wird am Sonnabend, den 4. Februar, abends 8 Uhr, im Saale der Industriehalle ein rheinischer Heimatabend veranstaltet. Aus diesem Anlaß wird dann am nächsten Tage, am 5. Februar, vormittags 11 Uhr im Städtischen Museum eine rheinische Ausstellung eröffnet werden. Dabei wird Herr Archivar Dr. Müller über rheinische Kunst sprechen.

Wird Muldenhütten stillgelegt?

Der Haushaltsausschuß des Landtags nahm ohne Aussprache vom Geschäftsbericht der Landesbrandversicherungsanstalt für 1931 genehmigend Kenntnis und beschäftigte sich dann mit den bekannten Anträgen gegen die Stilllegung eines Teils der Betriebe der Muldenener Hütte bei Freiberg. Da die Lage noch nicht geklärt ist, sah der Ausschuß von Beschlüssen ab; er will sich bei der bevorstehenden Haushaltsplanberatung erneut mit der Angelegenheit befassen.

Unfälle beim Wintersport

Annaberg, 2. Februar. Bei Schme stürzte ein Skiläufer aus Buchholz so unglücklich, daß er sich beide Hände brach; auch sonst sind mehrere leichte Unfälle bei Ausübung des Schneeschuhsports zu verzeichnen.

Glauchau, 2. Februar. Beim Schneeschuhlaufen verunglückte ein zehnjähriger Schüler aus Oberlungwitz; er brach das rechte Bein und wurde ins Krankenhaus gebracht.

Bärenstein, 2. Februar. Auf dem Heimwege von einem Schulausflug nach Oberwiesenthal war ein achtjähriger Knabe zurückgeblieben, da die Skilbindung schadhaft wurde. Als er seinen Mitschülern nachstellte, verirrte er sich, blieb die Nacht im Walde und kam erst am anderen Morgen völlig erschöpft mit erfrorenen Händen und Füßen in Cranzahl an. Er mußte sich sofort in ärztliche Behandlung begeben.

Mittweida. Ein falscher Direktor. Großes Aufsehen erregt hier die fristlose Entlassung des beim Elektrizitätswerk als Betriebsingenieur und stellvertretender Direktor angestellten angeblichen Dipl.-Ing. Wilhelm Kürschner. Nach einer Ratsmitteilung hat eine Nachprüfung ergeben, daß Direktor Kürschner weder das Abitur abgelegt noch das Recht hatte, sich Diplomingenieur zu nennen, so daß er sich auf unrechtmäßige Weise seine hiesige Stelle verschafft hatte. — Wäre es nicht klüger gewesen, der Rat hätte vorher eine Prüfung vorgenommen?

Schwere politische Schieferheit

Ehrenfriedersdorf. Nachts kam es hier nach einem Verbot von Nationalsozialisten und Stahlhelmleuten vom SA-Heim durch die Stadt vor dem Turnerheim der Kommunisten zu einer heftigen Auseinandersetzung, in deren Verlauf auch einige Schüsse fielen. Fünf Kommunisten wurden mehr oder weniger schwer verletzt, davon zwei durch Schüsse, und dem Bezirkskrankenhaus Annaberg zugeführt.

Aus der Lausitz

Von einem Einbrecher erschossen

Löbau. Am Donnerstag früh gegen 1/4 4 Uhr erachte die Frau des in der Schubertstraße wohnenden Bautechnikers Wagner durch ein Geräusch. Sie weckte ihren Mann und dieser stellte einen Einbrecher, der schleunigst über den Balkon abrückte und flüchtete. Der Mann verfolgte ihn auf der Straße, um ihn der Polizei zu übergeben. Mächtig drehte sich der Einbrecher um und schoß auf Wagner, der tödlich getroffen wurde und nach wenigen Minuten im Hausflur, wohin er sich noch schleppen konnte, verstarb. Der Einbrecher ist unerkannt entkommen.

Aus der Bauhener Ratsführung. In der Ratsführung am Dienstag nahm Oberbürgermeister Niedner die Verpflichtung und Einweisung der neu bzw. wiedergewählten unbesoldeten Ratsmitglieder vor. Der Rat nahm sodann zu dem Stadtverordnetenbeschuß vom 26. Januar Stellung, wonach die Pflichtarbeit eingestellt werden soll. Da der Rat von der Durchführung dieses Beschlusses einen schweren Nachteil für die Stadt befürchtet, beschloß er, die Entscheidung der Gemeindekommer anzurufen.

Bauhen. Eine 340-jährige Innung. Am Montag hielt die Schneider-Zwangsinnung zu Bauhen ihre Jahreshauptversammlung ab, mit der eine schlichte, eindrucksvolle Feier anlässlich des 340-jährigen Bestehens der Innung verbunden war. Im Mittelpunkt der von